

## Aufsätze und Forschungsberichte

### **‚Ostforschung‘. Beobachtungen zu Aufstieg und Niedergang eines geschichtswissenschaftlichen Paradigmas**

von

Eduard Mühle

‚Ostforschung‘ – ein Gegenstand des  
41. Deutschen Historikertages

Wie beeinflussen Bilder, Vorstellungen und Ideen von geschichtlichen Ereignissen, Zusammenhängen und Strukturen das Leben gesellschaftlicher Gruppen und nationaler Gemeinschaften? In welchem Maße wirkt *Geschichte* zu unterschiedlichen Zeiten in bestimmten gesellschaftlichen oder politischen Kontexten *als Argument*? Diese Leitfragen des 41. Deutschen Historikertages waren im September 1996 willkommener Anlaß, auch jene historiographiegeschichtliche Diskussion weiter zu vertiefen, die seit einigen Jahren über Anliegen, Konzepte und Wirkungen der deutschen ‚Ostforschung‘ in Gang gekommen ist. Denn nur wenige historische Teildisziplinen sind in unserem Jahrhundert in so hohem Maße mit wissenschaftsexternen Anforderungen konfrontiert und in so direkter Weise als Lieferant politischer Argumente funktionalisiert worden wie die geschichtswissenschaftliche Beschäftigung mit dem östlichen Europa, zumal in ihrer spezifischen Variante – der deutschen ‚Ostforschung‘.

Die in der Sektion 25 des Historikertages auf Initiative des Herder-Instituts in Marburg angesetzte traditionskritische Auseinandersetzung mit dieser spezifischen Richtung der geschichtswissenschaftlichen Befassung mit dem östlichen Mitteleuropa sollte das Phänomen ihrer Selbst- und Fremdinstrumentalisierung anhand jener *Bilder und Vorstellungen* diskutieren, die sie von der *Geschichte des polnischen Nachbarn* entwarf und verbreitete. Die Analyse dieser Bilder und Vorstellungen sollte gleichzeitig helfen, Antworten auf die Frage zu finden, welche Fragestellungen und Paradigmen, Interpretamente und methodischen Ansätze ‚Ostforschung‘ als Forschungsrichtung kennzeichneten und prägten. Dazu mußte in einer Einführung zunächst der Begriff ‚Ostforschung‘ erörtert und – in Gestalt einer Arbeitscharakteristik – definiert werden, welches Spektrum deutscher Geschichtswissenschaft innerhalb des zeitlich weit gesteckten Rahmens von 1918 bis 1989 mit dieser Bezeichnung angesprochen werden kann.

Nach der Begriffsbestimmung untersuchten Norbert Kersten, Michael G. Müller und Hans Henning Hahn im einzelnen und konkret, welche wissen-

schaftlichen Bilder und Vorstellungen ‚Ostforschung‘ von der mittelalterlichen, frühneuzeitlichen und neuzeitlichen Geschichte des polnischen Nachbarn konstruiert und verbreitet hat. Die dazu gewählten methodischen Zugänge waren recht unterschiedlich. Das Spektrum reichte von dem Versuch einer quantitativ-statistischen Gesamtbestandsaufnahme dessen, was ‚Ostforschung‘ bis in die beginnenden 1950er Jahre hinein zum polnischen Mittelalter zu sagen hatte, über eine exemplarische Erörterung ausgewählter Arbeiten zu Fragen der frühneuzeitlichen Geschichte, insbesondere der Reformations- und Ständegeschichte, bis hin zu einer stärker ideologiekritischen Analyse der politikgeschichtlichen Interpretationen deutscher ‚Ostforschung‘ zur polnischen Geschichte im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Da sich ein zutreffendes Bild von der deutschen ‚Ostforschung‘ letztlich nur gewinnen läßt, wenn auch ihr ostmitteleuropäisches, insbesondere ihr polnisches Pendant – die polnische ‚Westforschung‘ – gebührende Berücksichtigung findet, behandelte Włodzimierz Borodziej in einem fünften Referat schließlich die Rezeption der Bilder und Vorstellungen der deutschen ‚Ostforschung‘ von polnischer Geschichte in der polnischen Historiographie und ihre Rückspiegelung in der polnischen ‚Westforschung‘.

Die unterschiedlichen Herangehensweisen, Akzentuierungen und Stile der Referate ergänzten sich nicht nur gegenseitig, sondern gaben auch den Anstoß zu einer lebhaften, teilweise kontroversen Diskussion, an der sich nicht wenige der rund 200 Sektionsteilnehmer aktiv beteiligten. Dabei ging es Referenten und Diskutanten keineswegs vorrangig um die Anpassungsfähigkeit und Selbstbehauptung einschlägiger Forschungsinstitutionen oder die Verführbarkeit und das Versagen einzelner ‚Ostforscher‘ gegenüber den politischen Ansprüchen staatlicher Strukturen.<sup>1</sup> Eine Reduzierung der Diskussion auf das zumeist wenig ergiebige Feld vordergründiger Ideologiekritik sollte bewußt vermieden werden. Wissenschaftsgeschichtliche Selbstreflexion mündet – zumal im Generationenwechsel – notwendigerweise in Traditionskritik, doch darf diese nicht auf die ideologische Dimension verkürzt werden und zum flachen „Tribunal der Nachgeborenen über die Älteren“ geraten.<sup>2</sup> Globale Verdammungsurteile befördern, das ist inzwischen deutlich geworden, eine seriöse historische Analyse der ‚Ostforschung‘ ebensowenig wie Versuche apologetischer Rechtfertigung.<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Vgl. hierzu KLAUS SCHREINER: Führertum, Rasse, Reich. Wissenschaft von der Geschichte nach der nationalsozialistischen Machtergreifung, in: *Wissenschaft im Dritten Reich*, hrsg. von PETER LUNDGREEN, Frankfurt 1985, S. 163–252, hier S. 167, der betont, daß eine auf diese Aspekte orientierte Betrachtung zwar wichtige Teilaspekte herausarbeite, aber kein vollständiges Bild ergebe.

<sup>2</sup> KLAUS ZERNACK: Bemerkungen zur Geschichte und gegenwärtigen Lage der Osteuropahistorie in Deutschland, in: *Europa Slavica – Europa Orientalis. Festschrift für Herbert Ludat zum 70. Geburtstag*, hrsg. von KLAUS ZERNACK u. KLAUS DETLEF GROTHUSEN, Berlin 1980, S. 542–559, hier S. 543f.

<sup>3</sup> SCHREINER, Führertum (wie Anm. 1), S. 167; STEFAN TROEBST: Historische Osteuropaforschung im Dritten Reich, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 31 (1991), S. 599–605, hier S. 605.

In diesem Sinne wurde in der Sektion u. a. insbesondere die Frage diskutiert, inwieweit die politische Regressivität der „Ostforschung“ zwangsläufig „wissenschaftliche Ertraglosigkeit“ zur Folge haben mußte oder sie nicht trotz und entgegen ihrer politischen Instrumentalisierung in Teilen auch weiterführende wissenschaftliche Ergebnisse hervorgebracht hat. Die Sektionsreferate und die sich an sie jeweils anschließenden Diskussionen haben hierauf wie auf andere mit dem Gegenstand verbundene Fragen naturgemäß keine abschließenden Antworten geben können. Es erschien daher sinnvoll, die Sektionsreferate über den Kreis der in München Anwesenden hinaus auch einem breiteren Forum zur Diskussion zu stellen. Dies soll mit der Publikation der Münchner Referate im vorliegenden Heft der *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* geschehen. Die Beiträge sind dabei größtenteils bewußt in ihrer seinerzeitigen Vortragsform belassen bzw. nur geringfügig überarbeitet worden. Sie verstehen sich als ein weiterer Anstoß zu einer wichtigen, noch längst nicht abgeschlossenen Diskussion.

Angesichts der zu Beginn der 1990er Jahre erfolgten inhaltlichen und organisatorischen Restrukturierung des Herder-Instituts<sup>4</sup> war die Münchner Sektion für den Initiator zugleich mit dem Anliegen verbunden, sich über die von dieser Einrichtung und ihrem Umfeld verkörperte historiographische Tradition Gewißheit zu verschaffen, sich ihrer weiterführenden Elemente zu versichern und sich von überholten Positionen kritisch abzusetzen – mithin „auch der Versuch der Selbstvergewisserung aus der Vergangenheit unserer Disziplin heraus.“<sup>5</sup> Als ein solcher Versuch ist zweifellos auch jener Vortrag Walter Schlesingers anzusehen, den er im März 1963 innerhalb des geschlossenen Kreises einer Jahrestagung des Johann Gottfried Herder-Forschungsrates hielt. Seine für die damalige Zeit und sein damaliges Auditorium vergleichsweise weit gehenden traditionskritischen Überlegungen provozierten unter den Anwesenden eine heftige Diskussion, drangen jedoch zunächst nicht über die Reihen der Tagungsteilnehmer hinaus. Das Vortragsmanuskript und die transkribierte Diskussion wurden zusammen mit den übrigen Vorträgen der Tagung lediglich hektographisch vervielfältigt und mit dem Vermerk „Nur für den Dienstgebrauch“ versehen allein an einen kleinen Kreis von dem Forschungsrat nahestehenden Wissenschaftlern und Einrichtungen verteilt. Es spricht für das Gewicht der Schlesinger'schen Traditionskritik, daß seine Aus-

<sup>4</sup> Vgl. Das Herder-Institut e. V. Im Dienste der Ostmitteleuropa-Forschung, hrsg. vom Vorstand des Herder-Instituts e. V., Marburg 1995; EDUARD MÜHLE: Profil, Aufgaben und Kooperationen des „neuen“ Herder-Instituts – anstelle eines Vorwortes, in: Aspekte der Zusammenarbeit in der Ostmitteleuropaforschung, hrsg. von HUGO WECZERKA, Marburg 1996, S. VII–XIX.

<sup>5</sup> WINFRIED SCHULZE: Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945, München 1989, S. 10; DERS.: Der Neubeginn der deutschen Geschichtswissenschaft nach 1945. Einsichten und Absichtserklärungen der Historiker nach der Katastrophe, in: Deutsche Geschichtswissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg (1945–1965), hrsg. von ERNST SCHULIN, München 1989, S. 1–37, hier S. 1.

führungen gleichwohl ihre Kreise zogen und immer wieder zitiert wurden und zitiert werden, obgleich sie offiziell nicht zugänglich sind. Es erschien daher angesichts der Bedeutung des Vortrages naheliegend und gerechtfertigt, den Anlaß des vorliegenden Themenheftes der *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* zu nutzen, lange Versäumtes nachzuholen und die noch immer anregenden und bedenkenswerten Darlegungen Walter Schlesingers zum Thema ‚deutsche Ostforschung‘ in diesem Kontext zu veröffentlichen.

Die nachfolgenden Ausführungen knüpfen an die seinerzeitige Einführung in die Sektion an. Sie handeln von der Problematik des Begriffs *Ostforschung* und der institutionell-programmatischen Entwicklung dieser Forschungsrichtung. Sie gehen nicht näher auf inhaltliche Aspekte, d.h. die einzelnen geschichtswissenschaftlichen *Bilder und Vorstellungen* der Ostforschung selbst und damit auch nicht auf die Frage nach ihrem konkreten wissenschaftlichen Ertrag in einzelnen Feldern des Faches ein. Dies war Aufgabe der übrigen Sektionsreferate und wird mithin in den nachfolgenden Beiträgen Gegenstand der Darstellung sein.

### ‚Ostforschung‘ – eine zögerliche Annäherung

Nun ist die mehr oder weniger intensive, von den Beteiligten entweder selbst ohne äußeren Druck intendierte oder lediglich opportunistisch mitgetragene politische Funktionalisierung der ‚Ostforschung‘ während der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus sowie das Phänomen ihrer personellen und konzeptionellen Kontinuitäten über das Jahr 1945 hinweg in der bundesrepublikanischen Geschichtswissenschaft in der Tat lange Zeit mit Schweigen übergangen worden. Die wenigen selbstkritischen Anläufe, die unternommen wurden, gelangten zunächst über interne Gesprächsversuche kaum hinaus. Wo sie bis in die wissenschaftliche Öffentlichkeit durchdrangen, blieben sie entweder vorsichtig an der Oberfläche<sup>6</sup> oder verhallten zunächst noch ungehört.<sup>7</sup> Schließlich blieben auch jene – teilweise eher beiläufigen – Anläufe einstweilen ohne Resonanz, die um die Wende von den 1970er zu den 1980er Jahren eine kritische Auseinandersetzung mit den problematischen Traditionen der ‚Ostforschung‘ anzustoßen versuchten.<sup>8</sup>

<sup>6</sup> Vgl. z. B. REINHARD WITTRAM: Über Maßstäbe und Urteile in der Geschichtsschreibung Ostmitteleuropas, in: DERS.: Das Nationale als europäisches Problem. Beiträge zur Geschichte des Nationalitätenprinzips im 19. Jahrhundert, Göttingen 1954, S. 51–75, bes. S. 61, 62; LUDWIG PETRY: Der deutsche Osten in unserem Geschichtsbild, in: Jb. der Ranke-Gesellschaft (1954), S. 121–131, hier S. 126–129.

<sup>7</sup> WALTER SCHLESINGER: Die geschichtliche Stellung der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung, in: Histor. Zs. 183 (1957), S. 517–542, hier S. 520, 522; WERNER PHILIPP: Nationalsozialismus und die deutsche Universität, in: Universitätstage 1966. Nationalsozialismus und die deutsche Universität, Berlin 1966, S. 43–62 (wiederabgedruckt in: Forschungen zur osteuropäischen Geschichte 33 [1983], S. 286–302).

<sup>8</sup> KLAUS ZERNACK: Osteuropa. Eine Einführung in seine Geschichte, München 1979, S. 15–18; DERS., Bemerkungen (wie Anm. 2); FRIEDRICH KUEBART: Zur Entwick-

Es verwundert daher nicht, daß eine jüngere Generation seit der Mitte der 1980er Jahre auf das lange Schweigen der Nachkriegszeit zunächst mit engagierter Ideologiekritik reagierte. Diese hatte freilich nichts mit jenen groben Vereinfachungen gemein, mit denen polnische<sup>9</sup>, sowjetische<sup>10</sup> und vor allem DDR-deutsche Wissenschaftler<sup>11</sup> seit den 1950er Jahren die westdeutsche „Ostforschung“ als „Stoßtrupp des kapitalistischen Imperialismus und Revanchismus“ zu „entlarven“ versucht hatten. Solche Anstrengungen waren intellektuell wenig ergiebig, förderten aber doch immerhin umfangreiches faktographisches Material zutage, das angesichts des Fehlens einschlägiger westlicher Studien zumindest erste Anhalts- und Ausgangspunkte für seriösere Untersuchungen bot.

Auch wenn seit den 1970er Jahren Untersuchungen polnischer Historiker die ideologische Verve der „Enthüllungsprosa“ hinter sich zu lassen begannen und wichtige Beiträge lieferten<sup>12</sup>, brachten für die westdeutsche Diskussion

lung der Osteuropaforschung in Deutschland bis 1945, in: Osteuropa 30 (1980), S. 657–672, hier S. 668–670; MANFRED HELLMANN: Zur Lage der historischen Forschung des östlichen Europas in der Bundesrepublik Deutschland, in: Jb. der historischen Forschung in der Bundesrepublik Deutschland 1979, Stuttgart 1980, S. 13–38, hier S. 20f.; WOLFGANG WIPPERMANN: Der deutsche Drang nach Osten. Ideologie und Wirklichkeit eines politischen Schlagworts, Darmstadt 1981, S. 104–116, 124–132.

<sup>9</sup> GERARD LABUDA: Stare i nowe tendencje w historiografii zachodniemieckiej [Alte und neue Tendenzen in der westdeutschen Historiographie], in: Przegląd Zachodni 1956, S. 224–252; JANUSZ SOBSZAK: Przegląd ważniejszych ośrodków tzw. Ostforschung w NRF [Musterung der wichtigsten Zentren der sogenannten Ostforschung in der BRD], in: Przegląd Zachodni 1959, S. 439–461; JÓZEF SZLAPCZYŃSKI, TADEUSZ WALICHNOWSKI: Nauka w służbie ekspansji i rewizjonizmu (Ostforschung) [Wissenschaft im Dienst von Expansion und Revisionismus], Warszawa 1969.

<sup>10</sup> KRYTYKA zapadnogermanskogo „Ostforšunga“ [Kritik der westdeutschen Ostforschung], Moskva 1966; „Drang nach Osten“ i istoričeskoe razvitie stran central'noj, vostočnoj i jugo-vostočnoj Evropy [Drang nach Osten und die historische Entwicklung der Länder Mittel-, Ost- und Südosteuropas], Moskva 1967.

<sup>11</sup> Das äußerst umfangreiche Schrifttum der 1950er-1960er Jahre verzeichnet in: Osteuropa in der historischen Forschung der DDR. Band 2: Bibliographie und biographische Notizen, hrsg. von MANFRED HELLMANN, Düsseldorf 1972, S. 48–70. Vgl. auch HELMUT ELSNER: Abteilung für Geschichte der imperialistischen Ostforschung, in: Osteuropa in der historischen Forschung der DDR. Band 1: Darstellungen, hrsg. von MANFRED HELLMANN, Düsseldorf 1972, S. 123–131. Als Beispiele kritischer Repliken seitens der damaligen westdeutschen Forschung vgl. GOTTHOLD RHODE: Zur Methode östlicher Kritik an der deutschen Ostforschung, in: Osteuropa 12 (1962), S. 157–159; WALTER SCHLESINGER: Die mittelalterliche deutsche Ostbewegung und die deutsche Ostforschung, in: Deutsche und europäische Ostsiedlungsbewegung. Referate und Ansprachen der wissenschaftlichen Jahrestagung des Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrates vom 7. bis 9. März 1963, Marburg 1964 [mit dem Vermerk „Nur für den Dienstgebrauch“ hektographisch vervielfältigt], S. 30f. bzw. in diesem Heft S. 444f.

<sup>12</sup> KAROL FIEDOR: Bund Deutscher Osten w systemie antypolskiej propagandy [Der Bund Deutscher Osten im System der antipolnischen Propaganda], Warszawa 1977, S. 144–177; BERNARD PIOTROWSKI: W służbie rasizmu i bezprawia. „Uniwersytet Rzeszy“ w Poznaniu (1941–1945) [Im Dienste des Rassismus und Unrechts. Die

doch erst die Erörterungen Christoph Kleßmanns<sup>13</sup> und insbesondere die detaillierte, wenn auch nicht ohne Polemik verfaßte Studie Michael Burleighs<sup>14</sup> den Durchbruch zu einer intensiveren Befassung mit dem Gegenstand. Seit 1989 wurde eine Reihe einschlägiger Arbeiten vorgelegt, die inzwischen durchaus eine Vorstellung von der institutionellen Entwicklung und der politischen Instrumentalisierung der ‚Ostforschung‘ während der Weimarer Republik und des Dritten Reiches vermitteln.<sup>15</sup> Weniger intensiv untersucht

---

‚Reichsuniversität‘ in Posen], Poznań 1984, S. 59–113; DERS.: Propaganda i nauka niemiecka w III Rzeszy o Polsce i Europie Wschodniej na przykładzie działalności Berlińskiej Publikationsstelle [Propaganda und deutsche Wissenschaft über Polen und Osteuropa im Dritten Reich am Beispiel der Tätigkeit der Berliner Publikationsstelle], in: *Studia Historica Slavo-Germanica* 13 (1984), S. 129–162; HENRYK OLSZEWSKI: Nauka historii w upadku. Studium o historiografii i ideologii historycznej w imperialistycznych Niemczech [Geschichtswissenschaft im Niedergang. Untersuchung zu Historiographie und historischer Ideologie im imperialistischen Deutschland], Warszawa, Poznań 1982, bes. S. 136–145, 378–386.

<sup>13</sup> CHRISTOPH KLESSMANN: Osteuropaforschung und Lebensraumpolitik im Dritten Reich, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 7/84 (1984), S. 33–45 (wiederabgedruckt in: *Wissenschaft im Dritten Reich*, hrsg. von PETER LUNDGREEN, Frankfurt 1985, S. 350–383); DERS.: Geschichtsbewußtsein nach 1945: Ein neuer Anfang?, in: *Geschichtsbewußtsein der Deutschen. Materialien zur Spurensuche einer Nation*, hrsg. von WERNER WEIDENFELD, Köln 1987, S. 111–129, bes. S. 118–121.

<sup>14</sup> MICHAEL BURLEIGH: *Germany Turns Eastwards. A Study of Ostforschung in the Third Reich*, Cambridge, New York 1988; desweiteren auch DERS.: Albert Brackmann. ‚Ostforscher‘ (1871–1952). The Years of Retirement, in: *Journal of Contemporary History* 23 (1988), S. 573–578; DERS.: Die Stunde der Experten, in: *Der „Generalplan Ost“. Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik*, hrsg. von MECHTHILD RÖSSLER u. SABINE SCHLEIERMACHER, Berlin 1993, S. 346–350.

<sup>15</sup> GABRIELE CAMPHAUSEN: Die Reichsuniversität Posen (1941–1945), in: *Nordost-Archiv* 21 (1988), S. 101–112; DIES.: Die wissenschaftliche historische Rußlandforschung in Deutschland 1892–1933, in: *Forschungen zur osteuropäischen Geschichte* 42 (1989), S. 7–108; DIES.: Die wissenschaftliche historische Rußlandforschung im Dritten Reich 1933–1945, Frankfurt 1990; DIES.: Das Rußlandbild in der deutschen Geschichtswissenschaft 1933–1945, in: *Das Rußlandbild im Dritten Reich*, hrsg. von HANS-ERICH VOLKMANN, Köln u. a. 1994, S. 257–283; GERHARD F. VOLKMER: Die deutsche Forschung zu Osteuropa und zum osteuropäischen Judentum in den Jahren 1933–1945, in: *Forschungen zur osteuropäischen Geschichte* 42 (1989), S. 109–214; MECHTHILD RÖSSLER: ‚Wissenschaft und Lebensraum‘. Geographische Ostforschung im Nationalsozialismus. Ein Beitrag zur Disziplingeschichte der Geographie, Hamburg 1990; GÖTZ ALY, SUSANNE HEIN: Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die Pläne für eine neue europäische Ordnung, Hamburg 1991, S. 91–114; ANGELIKA EBBINGHAUS, KARL HEINZ ROTH: Vorläufer des „Generalplans Ost“. Eine Dokumentaton über Theodor Schieders Polendenkschrift vom 7. 10. 1939, in: 1999. *Zs. für Sozialgeschichte* des 20. und 21. Jahrhunderts 1 (1992), S. 62–94; ERWIN OBERLÄNDER: Historische Osteuropaforschung im Dritten Reich. Ein Bericht zum Forschungsstand, in: *Geschichte Osteuropas. Zur Entwicklung einer historischen Disziplin in Deutschland, Österreich und der Schweiz 1945–1990*, hrsg. von ERWIN OBERLÄNDER, Stuttgart 1992, S. 12–30; KAREN SCHÖNWÄLDER: Historiker und Politiker. Geschichtswissenschaft im Nationalsozialismus, Frankfurt 1992, bes. S. 35–38, 53–60, 99–104, 140–158; JÖRG HACKMANN: „Der Kampf um

worden ist dagegen bislang die Entwicklung der „Ostforschung“ nach 1945 und die Frage nach Kontinuität und wirklichem Neuanfang in einer durch ihr Wirken während des Dritten Reiches ziemlich diskreditierten Disziplin.<sup>16</sup>

Kann für die institutionelle Entwicklung und die Formen politischer Einbindung von „Ostforschung“ in der Zeit der Weimarer Republik und des Dritten Reiches von einem gewissen – wenn auch noch keineswegs erschöpfenden – Forschungsstand ausgegangen werden, so erscheint eine vertiefte Beschäftigung mit dem Phänomen heute in einem weiterführenden Sinne möglich und wünschenswert. Das Erkenntnisinteresse historiographiegeschichtlicher Befassung mit dem Gegenstand kann sich – über die notwendige Kritik an den ideologischen Verknüpfungen und der damit verbundenen politischen Instrumentalisierung des Faches hinausgehend – auf eine kritische Sichtung seiner inhaltlichen Entwicklung und seiner wissenschaftlichen Produktion konzentrieren.<sup>17</sup> In diesem Sinne wäre in einer wissenschaftsimmanenten Traditionskritik nach den

die Weichsel“. Die deutsche Ostforschung in Danzig 1918–1945, in: Zapiski Historyczne 58 (1993), 1, S. 37–57; GERHART HASS: Zum Rußlandbild der SS, in: Das Rußlandbild im Dritten Reich, hrsg. von HANS-ERICH VOLKMANN, Köln u. a. 1994, S. 201–224; MARTIN BALZER: Die Osteuropa-Forschung an der Universität Breslau in den Jahren 1930 bis 1942. Unveröffentlichte Magisterarbeit Universität Hamburg, Hamburg 1995; HANS-JÜRGEN BÖMELBURG: Das Osteuropa-Institut in Breslau 1930–1940. Wissenschaft, Propaganda und nationale Feindbilder in der Arbeit eines interdisziplinären Zentrums der Osteuropaforschung in Deutschland, in: Zwischen Konfrontation und Kompromiß. Oldenburger Symposium „Interethnische Beziehungen in Ostmitteleuropa als historiographisches Problem der 1930er/1940er Jahre“, hrsg. von MICHAEL GARLEFF, München 1995, S. 47–72; ERWIN OBERLÄNDER: Geschichte Ostmitteleuropas – Selbstwert oder Funktion der deutschen Geschichte? Zur historischen Osteuropaforschung der 30er/40er Jahre, ebenda, S. 25–35; JÖRG HACKMANN: Volks- und Kulturbodenkonzeptionen in der deutschen Ostforschung und ihre Wirkungen auf die Sudetendeutsche Landeshistorie, in: Die böhmischen Länder in der deutschen Geschichtsschreibung seit dem Jahre 1848. Teil 1, Ústí nad Labem 1996, S. 49–71; HANS-ERICH VOLKMANN: Von Johannes Haller zu Reinhard Wittram. Deutschbaltische Historiker und der Nationalsozialismus, in: Zs. für Geschichtswissenschaft 45 (1997), S. 21–46; GÖTZ ALY: Macht, Geist, Wahn. Kontinuitäten deutschen Denkens, Berlin 1997, S. 153–183.

<sup>16</sup> Auf dieses Defizit hat schon OSKAR ANWEILER: 25 Jahre Osteuropaforschung, in: Osteuropa 27 (1977), S. 183–191, hier S. 186, hingewiesen. Erste Ansätze inzwischen bei ERWIN OBERLÄNDER: Das Studium der Geschichte Osteuropas seit 1945, in: Geschichte Osteuropas. Zur Entwicklung einer historischen Disziplin in Deutschland, Österreich und der Schweiz 1945–1990, hrsg. von ERWIN OBERLÄNDER, Stuttgart 1992, S. 31–38; JÖRG HACKMANN: „An einem neuen Anfang der Ostforschung“. Bruch und Kontinuität in der ostdeutschen Landeshistorie nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Westfälische Forschungen 46 (1996), S. 232–258; DERS.: Ostpreußen und Westpreußen in deutscher und polnischer Sicht. Landeshistorie als beziehungsgehistorisches Problem, Wiesbaden 1996, S. 305–348.

<sup>17</sup> Auf die Notwendigkeit, die „Freilegung der ideologischen Verknüpfungen des Wissenschaftsprozesses“ durch eine wissenschaftsimmanente Traditionskritik zu ergänzen, verweist KLAUS ZERNACK: „Deutschland und der Osten“ als Problem der historischen Forschung in Berlin, in: Geschichtswissenschaft in Berlin im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. von REIMAR HAUSEN u. WOLFGANG RIBBE, Berlin, New York 1992, S. 571–593, hier S. 572.

thematischen und methodischen Schwerpunkten, den Paradigmen, eventuellen Innovationen, den inhaltlichen und methodischen Versäumnissen und Unzulänglichkeiten der ‚Ostforschung‘ zu fragen. Dabei versteht es sich von selbst, daß eine Analyse vornehmlich wissenschaftsimmanenter Aspekte die wissenschaftsexternen Einflüsse, denen Geschichtsschreibung stets ausgesetzt ist und in diesem Fall in besonderer Weise ausgesetzt war, nicht ausblenden kann. Doch auch hier gilt, daß historiographische Produktion „weder als ein immanenter wissenschaftlicher Prozeß, noch als einfache Funktion politisch-gesellschaftlicher Situationen, sondern nur als ein komplexer Wirkungszusammenhang von internen und externen Faktoren begriffen werden“ kann.<sup>18</sup> Die im Rahmen der Münchner Sektion veranstaltete Diskussion über Bilder und Vorstellungen deutscher ‚Ostforschung‘ von der polnischen Geschichte sollte einen spezifischen Beitrag zu einer dergestalt erweiterten historiographiegeschichtlichen Sichtung der ‚Ostforschung‘ leisten.

### ‚Ostforschung‘ – ein Begriffsproblem

Ostforschung ist ein einigermaßen schillernder, unpräziser Begriff.<sup>19</sup> Wer ihn heute verwendet, will damit entweder journalistisch-pauschal das gegenwärtige wissenschaftliche Leben in den neuen Bundesländern, dem heutigen Ostdeutschland<sup>20</sup>, oder mit einem griffigen Sammelbegriff ganz allgemein die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem östlichen Europa bezeichnen.<sup>21</sup> In beiden

<sup>18</sup> BERND FAULENBACH: *Ideologie des deutschen Weges. Die deutsche Geschichte in der Historiographie zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus*, München 1980, S. 1.

<sup>19</sup> Darauf hat bereits KLESSMANN (wie Anm. 13), S. 33, hingewiesen; trotz gewisser Ansätze hier und bei HACKMANN, *Volks- und Kulturbodenkonzeptionen* (wie Anm. 15), fehlt bislang eine genauere begriffsgeschichtliche Analyse der Bezeichnung ‚Ostforschung‘.

<sup>20</sup> Vgl. *Die Zeit*, Nr. 51 vom 13. Dezember 1996, S. 33.

<sup>21</sup> Für diese – in der Regel aus einer außerwissenschaftlichen Perspektive erfolgende – Verwendung vgl. die 1995 im Auftrag des Bundesrechnungshofes durchgeführte Erhebung in „Einrichtungen der Ostforschung“ und das „Gutachten über die Koordinierung und Rationalisierung der Aktivitäten des Bundes im Bereich der Ostforschung“, Frankfurt a. M. 1996 Az II 1-3027/94 sowie als ein Beispiel für die entsprechende Verwendung im Bereich der Medien Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 159 vom 12. Juli 1997, S. 33 (Samtene Gegenrevolution). Interessant ist, daß der in der deutschen Geschichtswissenschaft heute als gründlich überholt geltende und daher – außer in historiographischem Kontext – nicht mehr verwendete Begriff ‚Ostforschung‘ von polnischen Historikern gelegentlich weiterhin als allgemeine Disziplinbezeichnung im Sinne von Osteuropahistorie verwendet wird; vgl. HENRYK OLSZEWSKI: *Die deutsche Ostforschung zwischen Wissenschaft und Politik*, in: *Polen nach dem Kommunismus*, hrsg. von ERWIN OBERLÄNDER, Stuttgart 1993, S. 82–93, bes. S. 82; ANTONI CZUBIŃSKI: *Miejsce Europy Środkowo-Wschodniej w badaniach historiografii niemieckiej XIX i XX w.* [Der Ort Ostmitteleuropas in den Forschungen der deutschen Historiographie des 19. und 20. Jh.], in: *Powrót do historii. Europa Środkowa i Wschodnia w historiografii* [Rückkehr zur Geschichte. Mittel- und Osteuropa in der Historiographie], hrsg. von WIESŁAW BALCERAK, Warszawa 1994, S. 69–96.

Fällen unterscheidet sich der Wortgebrauch deutlich von dem, was „Ostforschung“ im Kontext der hier interessierenden traditionskritischen Diskussion benennt. Aber auch innerhalb des eingegrenzteren historiographiegeschichtlichen Zusammenhangs erscheint „Ostforschung“ keineswegs als ein klar und eindeutig definierter Terminus. Seit er in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre – möglicherweise von der Reichsministerialbürokratie – in die Welt gesetzt worden war<sup>22</sup>, bezeichnete er nicht etwa ein bestimmtes (z. B. den angelsächsischen Area Studies vergleichbares) akademisches Studienfach oder eine klar umgrenzte, konstant zuordbare wissenschaftliche Schule. Der Terminus benannte seinen fraglichen Gegenstand auch nicht exklusiv, sondern begegnete gleichzeitig neben Begriffen wie „Ostmarkenforschung“, „Grenzmarkforschung“, „Grenzlandforschung“, „ostdeutsche Geschichtsforschung“, „ostdeutsche Volks- und Landesforschung“, „Nordostforschung“, „Ostraumforschung“. Nach 1945 entwickelte sich dieses Nebeneinander mit neuen synonymen Verwendungen von „Ostforschung“ im Sinne von „Osteuropäische Geschichte“, „Ost-Studien“, „Osteuropa-Forschung“, „Systemforschung“, „Kommunismusforschung“ teilweise in eine andere Richtung weiter. Wie weit sich im Kontext der ideologischen Ost-West-Konfrontation der Begriff „Ostforschung“ bis zur Mitte der 1970er Jahre zu einer Bezeichnung moderner Systemforschung entwickelt hatte, belegt eine Diskussion in der Zeitschrift „Osteuropa“ vom Dezember 1974, in der „Ostforschung“ im Sinne gegenwartsbezogener Kommunismusforschung explizit gegenüber Forschungen zur deutschen Geschichte in Osteuropa, wie sie z. B. in der Marburger *Zeitschrift für Ostforschung* publiziert wurden, abgegrenzt wurde. Zwar sah man hierin durchaus einen berechtigten Forschungszweig, doch vertrat man die Ansicht, daß dieser „mit der Ostforschung, wie wir sie verstehen, ... nur peripher zu tun“ habe.<sup>23</sup> Auch in einer anschließend

<sup>22</sup> Der erste bislang faßbare Beleg für die Verwendung des Terminus begegnet 1928 im Zusammenhang mit dem Versuch der „Stiftung für Volks- und Kulturbodenforschung“, für die auf den „Volks- und Kulturboden“ jenseits der östlichen Staatsgrenzen bezogene Forschung eine „Zentralstelle für Ostforschung“ bzw. einen „Gutachterausschuß für Ostforschung“ einzurichten. Diese Bemühungen trafen sich mit einer Initiative des Reichsinnenministeriums, die wenigen an den deutschen Universitäten verstreuten „Ostforscher“ zusammenzuführen, um der Zunahme der „nationalwissenschaftlichen Propaganda“ Polens und der Tschechoslowakei entgegenzuwirken; vgl. MICHAEL FAHLBUSCH: „Wo der Deutsche ... ist, ist Deutschland!“ Die Stiftung für deutsche Volks- und Kulturbodenforschung in Leipzig 1920–1933, Bochum 1994, S. 105; BURLEIGH, Germany (wie Anm. 14), S. 71.

<sup>23</sup> HELMUT KÖNIG: Ostforschung – Bilanz und Ausblick. Bericht und Gedanken zu einer erweiterten Redaktionskonferenz, in: *Osteuropa* 25 (1975), S. 786–814, bes. S. 787f., das Zitat 792; vgl. auch die Diskussionsbeiträge von KLAUS MEHNERT ebenda, S. 810; GOTTHOLD RHODE, ebenda, S. 812, konnte als einziger Diskussions Teilnehmer seine Verwunderung nicht zurückhalten, „daß in der Einladung und während der Diskussion immer von „Ostforschung“ die Rede war, während dieser Begriff doch lange Zeit auf die deutsche Ostmitteleuropaforschung angewandt wurde und von polnischer und tschechischer Seite entsprechend heftig attackiert worden“ sei.

von der Redaktion durchgeführten schriftlichen Befragung behauptete sich die Bezeichnung ‚Ostforschung‘ neben „den stärker differenzierenden Benennungen ‚Osteuropaforschung‘ und ‚Kommunismusforschung‘.“<sup>24</sup> Gleichzeitig wurde ‚Ostforschung‘ zunehmend aber auch als Synonym für ‚Ostmitteleuropa-Forschung‘ gebraucht, bis er als Fachbezeichnung diesem Begriff schließlich im Ergebnis eines erfolgreichen Prozesses der Verwissenschaftlichung endgültig wich.<sup>25</sup>

Was ‚Ostforschung‘ in den Jahrzehnten zwischen dem Ende des Ersten Weltkrieges und dem Ende des Ost-West-Konfliktes sowohl personell-institutionell wie inhaltlich-programmatisch umfaßt und bedeutet hat, ist also schon von der Terminologie her nicht leicht zu fassen. Wie aber kann der in der Forschung heute nur noch zur Bezeichnung eines historischen bzw. historiographiegeschichtlichen Phänomens gebrauchte Begriff dann definiert werden? Für welches historische bzw. historiographiegeschichtliche Phänomen kann er als adäquate Bezeichnung verwendet werden? Will man über Bilder und Vorstellungen von Ostforschung zur polnischen Geschichte diskutieren, muß mithin zunächst eine nähere Bestimmung des Begriffs versucht werden.

### ‚Ostforschung‘ – ein Definitionsversuch

Man hat versucht, ‚Ostforschung‘ als eigenständiges Phänomen zunächst in Kontrastierung zum Fach ‚Osteuropäische Geschichte‘ zu bestimmen. Zwar hat Christoph Kleßmann betont, daß sich eine nach unterschiedlichen Traditionen und methodologischen Ansätzen fragende Unterscheidung letztlich „weder institutionell noch personell noch vom Gegenstandsbereich her ... präzise vornehmen und konsequent durchhalten“ lasse<sup>26</sup>, doch dürfte die Differenz im Erkenntnisinteresse und in der angewandten Methode sicherlich ein Merkmal sein, das ‚Ostforschung‘ – jedenfalls in ihrer idealtypischen Ausprägung – von ‚Osteuropäischer Geschichte‘ am ehesten unterschied und sie insofern mit als eigenständiges Phänomen charakterisierte. Erwin Oberländer konstatierte denn auch eine prinzipielle Verschiedenheit beider Richtungen, wenn er feststellt, daß ‚Ostforschung‘ „mit der Geschichte Osteuropas nur das geographische Gebiet, nicht aber das Interesse an den Völkern Osteuropas gemeinsam“ hatte. Sei das Fach ‚Osteuropäische Geschichte‘ seit seiner akademischen Institutionalisierung zu Beginn des 20. Jahrhunderts grundsätzlich vom Selbstwert der osteuropäischen Völker und ihrer Geschichte ausgegan-

<sup>24</sup> OSKAR ANWEILER: Aspekte und Probleme der Osteuropaforschung seit 1945, in: Osteuropa 30 (1980), S. 637–687, hier S. 674.

<sup>25</sup> Als ein letztes, nur mehr äußeres Symptom für diesen Prozeß kann die Umbenennung der *Zeitschrift für Ostforschung* in *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* angesehen werden; vgl. HANS-JÜRGEN KARP, HANS LEMBERG, HUGO WECZERKA: Von der ‚Zeitschrift für Ostforschung‘ zur ‚Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung‘, in: ZfO 44 (1995), S. 1–4.

<sup>26</sup> KLEßMANN, Osteuropaforschung (wie Anm. 13), S. 33.

gen, so habe „Ostforschung“ die osteuropäischen Völker und ihre Geschichte so gut wie ausschließlich als Funktion der deutschen Geschichte betrachtet.<sup>27</sup>

Die starke Konzentration auf deutsche Geschichtsfaktoren kann zweifellos als ein entscheidendes Merkmal angesehen werden, das „Ostforschung“ in ihrem Wesen charakterisierte und sie von der universitären Disziplin der osteuropäischen Geschichte unterschied.<sup>28</sup> Allerdings waren ostdeutschlandpolitische Interessen auch der „Osteuropäischen Geschichte“ nicht völlig fremd, wie jene „Ostlandkunde“, die Otto Hoetzsch seit 1906 an der Königlichen Akademie in Posen zu entwickeln versuchte, oder die polenhistorischen Arbeiten des Breslauer Slawisten-Historikers Erdmann Hanisch aus den 1920er Jahren zeigen.<sup>29</sup> Auch ein weiteres entscheidendes Charakteristikum, durch das „Ostforschung“ in ihrer Abgrenzung zur „Osteuropäischen Geschichte“ beschrieben worden ist und das mit ihrem Deutschumsbezug unmittelbar verknüpft war – ihre „politische Funktionalisierung“<sup>30</sup> – war keineswegs nur auf das beschränkt, was sich als „Ostforschung“ konstituierte. Die große Nähe zur Politik war ebensowenig ein ausschließlich der „Ostforschung“ eigenes Merkmal<sup>31</sup> wie die Überzeugung von der unüberwindbaren Kluft zwischen deutschem und slawischem Kulturniveau, die so tief im deutschen Geschichtsbild verankert war und Forschung auch zuvor in ihren erkenntnisleitenden Interessen mitbestimmt hatte. Auch das Fach „Osteuropäische Geschichte“ sah sich in dieser Tradition und angesichts der „imperialen Geschichts- und Gegenwartswirkung Rußlands“<sup>32</sup> von Anfang an in hohem Maße politisch moti-

<sup>27</sup> In Anlehnung an BURLEIGH, Germany (wie Anm. 14), S. 32; OBERLÄNDER, Historische Osteuropaforchung (wie Anm. 15), S. 14f., das Zitat S. 30. Ähnlich schon SCHLESINGER, Die mittelalterliche deutsche Ostbewegung (wie Anm. 11), S. 17 und in diesem Heft unten S. 435.

<sup>28</sup> HACKMANN, Volks- und Kulturbodenkonzeptionen (wie Anm. 15), S. 52.

<sup>29</sup> Vgl. OTTO HOETZSCH: Zur Einführung, in: Ostland. Jb. für ostdeutsche Interessen 1 (1912), S. 3–8, bes. S. 1, wo Hoetzsch Zweck und Absicht des Jahrbuches wie folgt definiert: „Wir wollen die Erkenntnis von der polnischen Frage und ihrer Gefahr durch eine genaue, von wissenschaftlichen Gesichtspunkten geleitete periodische Verfolgung fördern in dem großen Zusammenhang der Interessen unseres deutschen Ostens, die unlösbar mit ihr verknüpft sind.“ Vgl. auch ZERNACK, Bemerkungen (wie Anm. 2), S. 580, 546; DERS., Deutschland (wie Anm. 17), S. 578f., der bereits diese Pläne als Versuch des Aufbaus einer imperial-politisch begründeten Ostforschung deutet, die allerdings nach 1911 steckengeblieben seien. Zu Hanisch GEORG STADTMÜLLER, in: Dem Andenken von Erdmann Hanisch (1876–1953), in: Jbb. für Geschichte Osteuropas 12 (1964), S. 1–4, bes. S. 2; CAMPHAUSEN, Rußlandforschung, 1989 (wie Anm. 15) S. 68f.

<sup>30</sup> HACKMANN, Volks- und Kulturbodenkonzeptionen (wie Anm. 15), S. 50.

<sup>31</sup> Vgl. BERND FAULENBACH: Deutsche Geschichtswissenschaft zwischen Kaiserreich und NS-Diktatur, in: Geschichtswissenschaft in Deutschland. Traditionelle Positionen und gegenwärtige Aufgaben, hrsg. von BERND FAULENBACH, München 1974, S. 66–85, hier S. 71, nach dem „die Apologie der deutschen Politik“ von der Weimarer Historiographie „geradezu als nationalpolitische Aufgabe der Historie aufgefaßt“ worden sei.

<sup>32</sup> ZERNACK, Bemerkungen (wie Anm. 2), S. 545.

viert. Günther Stökl bezeichnete die Anfänge des Faches geradezu als die „Konstituierung und Institutionalisierung einer akademischen Hilfswissenschaft der Außenpolitik.“<sup>33</sup> Allerdings hatte sich bereits bei Otto Hoetzsch im Blick auf den Gegenstandsbereich jene „doppelte Optik“<sup>34</sup> angedeutet, die zwischen genuin ost- bzw. ostmitteleuropäischer Geschichte einerseits und deutscher Geschichte im östlichen Mitteleuropa andererseits oszillierte. Erst seit den 1920er Jahren bewegten sich dann beide Blickrichtungen in größerer Klarheit auseinander.

Die deutlichere Profilierung der ‚Ostforschung‘ zu einem eigenständigen Phänomen wurde dabei nicht zuletzt durch ein drittes Element entscheidend gefördert, das sie weitaus stärker als ihr Deutschtumsbezug und ihre Politiknähe sowohl von der jungen Osteuropahistorie als auch von der traditionellen ostdeutschen Landesgeschichte absetzte. Dieses Element bestand in dem Anspruch, Teil eines neuen geschichtswissenschaftlichen Paradigmas zu sein, das mit einem neuen methodologischen Zugang zur Geschichte des östlichen Mitteleuropa in neuer Weise den besonderen deutschen Anteil an dieser Geschichtsregion herauszuarbeiten suchte.<sup>35</sup>

Der Versuch einer ‚methodologischen Modernisierung‘ verband sich dabei zwanglos mit dem allgemeinen politischen Streben nach Revision der Versailler Friedensordnung. Insofern sich die Weimarer Revisionswünsche nicht allein auf die neuen deutsch-polnischen Grenzziehungen erstreckten, sondern auch in westlichen und nördlichen Grenzbereichen relevant erschienen, gingen von hieraus Motivationsschübe auch für die west- und norddeutsche Landesgeschichtsforschung aus. Tatsächlich war es zunächst die westdeutsche bzw. rheinische Landesgeschichte, die unter maßgeblicher Beteiligung Hermann Aubins im Bonner ‚Institut für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande‘ mit dem sogenannten ‚kulturmorphologischen Verfahren‘ seit 1920 erste methodologische Neuerungen im Sinne einer neuen volksgeschichtlichen Landesforschung entwickelte.<sup>36</sup> Für die auf das östliche Mitteleuropa orientierte Lan-

<sup>33</sup> GÜNTHER STÖKL: Osteuropa – Geschichte und Politik, Köln 1979, S. 16; vgl. auch CAMPHAUSEN, Historische Rußlandforschung 1892–1933 (wie Anm. 15), S. 21; DIES., Historische Rußlandforschung 1933–1945 (wie Anm. 15), S. 6.

<sup>34</sup> ZERNACK, Deutschland (wie Anm. 17), S. 579; an anderer Stelle (Bemerkungen [wie Anm. 2], S. 553f.) spricht er von der „borussischen Traditionalität des Nebeneinanders von Rußlandkunde und Ostforschung“.

<sup>35</sup> Eine ausführliche Darstellung des neuen geschichtswissenschaftlichen Paradigmas bei WILLI OBERKROME: Volksgeschichte. Methodische Innovation und völkische Ideologisierung in der deutschen Geschichtswissenschaft 1918–1945, Göttingen 1993; DERS.: Aspekte der deutschsprachigen ‚Volksgeschichte‘, in: Zwischen Konfrontation und Kompromiß. Oldenburger Symposium „Interethnische Beziehungen in Ostmitteleuropa als historiographisches Problem der 1930er/1940er Jahre“, hrsg. von MICHAEL GARLEFF, München 1995, S. 37–46.

<sup>36</sup> FRANZ IRSIGLER: Vergleichende Landesgeschichte, in: Landesgeschichte heute, hrsg. von CARL-HANS HAUPTMEYER, Göttingen 1987, S. 35–54, bes. S. 38–43; OBERKROME, Volksgeschichte (wie Anm. 35), S. 33f.

desforschung wurden die Bonner Impulse zunächst vor allem in Leipzig im Seminar für Landesgeschichte Rudolf Kötzschkes<sup>37</sup>, dann auch in Königsberg (Gunther Ipsen, Hans Rothfels)<sup>38</sup> und Danzig (Erich Keyser)<sup>39</sup>, ab 1929 – nach dem Ruf Hermann Aubins an die Schlesische Friedrich Wilhelms-Universität – schließlich auch in Breslau<sup>40</sup> aufgegriffen und – parallel zu ähnlichen österreichischen Ansätzen<sup>41</sup> – zu jenem „multidisziplinären Forschungsweig“ entwickelt, der sich selbst Deutschtums- bzw. Volkstumsforschung bzw. Volks- und Kulturbodenforschung nannte<sup>42</sup> und der, auf das östliche Mitteleuropa bezogen, zunächst Ostmarkenforschung, seit den ausgehenden 1920er Jahren dann „Ostforschung“ genannt wurde.

Die zentrale Kategorie des neuen Paradigmas war der Begriff des ‚Volkes‘ bzw. des ‚Volks- und Kulturbodens‘.<sup>43</sup> In ihr erfuhr die seit dem frühen 19. Jahrhundert entwickelte romantische Idee des ‚Volkes‘ eine Fortentwicklung und politische Aktualisierung, die sich im Bereich der deutsch-slawischen Kontaktzone im östlichen Mitteleuropa als Forschungskonzept besonders gut operationalisieren ließ.<sup>44</sup> Die ebenso unscharfe wie kritiklos beschworene Formel vom ‚Volkstum‘ wurde hier zum methodologischen Hebel für eine Restitution der im Ersten Weltkrieg eingebüßten deutschen Machtposition.<sup>45</sup> Um angesichts des durch Versailles verursachten erneuten Auseinanderfallens von Kultur- und Staatsnation das deutsche Volk über die aktuellen Staatsgrenzen hinweg in seiner Ganz- und Einheit historisch-wissenschaftlich erfassen zu

<sup>37</sup> OBERKROME, Volksgeschichte (wie Anm. 35) S. 56–58; HACKMANN, Volks- und Kulturbodenkonzeptionen (wie Anm. 15) S. 57f.

<sup>38</sup> OBERKROME, Volksgeschichte (wie Anm. 35), S. 133–136; KLEMENS VON KLEMPERER: Hans Rothfels (1891–1976), in: *Paths of Continuity. Central European Historiography from the 1930s to the 1950s*, hrsg. von HARTMUT LEHMANN u. JAMES VAN HORN MELTON, Cambridge 1994, S. 119–135, bes. S. 125–127; WOLFGANG NEUGEBAUER: Hans Rothfels' Weg zur vergleichenden Geschichte Ostmitteleuropas, besonders im Übergang von früher Neuzeit zur Moderne, in: *Osteuropäische Geschichte in vergleichender Sicht*, Berliner Jb. für osteuropäische Geschichte 1996/1, S. 333–378.

<sup>39</sup> HACKMANN, Kampf um die Weichsel (wie Anm. 15); OBERKROME, Volksgeschichte (wie Anm. 35), S. 143f., 197f.

<sup>40</sup> OBERKROME, Volksgeschichte (wie Anm. 35) S. 144f., 198f.; MARC RAEFF: Hermann Aubin und die zeitgenössische Historiographie, in: *Forschungen zur osteuropäischen Geschichte* 48 (1993), S. 159–167 (englische Fassung in: *Paths of Continuity. Central European Historiography from the 1930s to the 1950s*, hrsg. von HARTMUT LEHMANN u. JAMES VAN HORN MELTON, Cambridge 1994, S. 239–249).

<sup>41</sup> Die von Raimund Friedrich Kaindl, Harold Steinacker, Adolf Helbok entwickelten Ansätze ausführlich besprochen bei OBERKROME, Volksgeschichte (wie Anm. 35), S. 73–89.

<sup>42</sup> Die drei Bezeichnungen finden sich nebeneinander im Geleitwort zum ersten Heft der Deutschen Hefte für Kultur- und Volksbodenforschung 1 (1930/31), S. 1f.

<sup>43</sup> ALBRECHT PENCK: Deutscher Volks- und Kulturboden, in: *Volk unter Völkern*, hrsg. von KARL C. VON LOESCH, Breslau 1925; WILHELM VOLZ: *Der ostdeutsche Volksboden. Aufsätze zu den Fragen des Ostens*, Breslau 1926.

<sup>44</sup> SCHULZE, Geschichtswissenschaft (wie Anm. 2), S. 300.

<sup>45</sup> ZERNACK, Deutschland (wie Anm. 17), S. 581; HACKMANN, Volks- und Kulturbodenkonzeptionen (wie Anm. 15), S. 62.

können, bedurfte es freilich neuer Herangehensweisen.<sup>46</sup> Denn nicht mehr ‚der Staat‘ und seine Haupthandlungen oder einzelne herausragende Persönlichkeiten und Ereignisse, sondern ‚das Volk‘ als Subjekt der Geschichte stand nunmehr im Zentrum des Erkenntnisinteresses.<sup>47</sup> So löste sich ‚Ostforschung‘ als Teil des Paradigmas ‚Volksgeschichte‘ seit den 1920er Jahren zunehmend von der Fixierung auf die politische Geschichte der Territorien und entwickelte sich zu einer volksgeschichtlich orientierten Landeskunde. Als neuartige ostdeutsche Landesgeschichte setzte sie sich damit nicht nur deutlich von der slawistisch fundierten Osteuropahistorie, sondern auch von jenen „älteren landesgeschichtlichen Ansätzen“ ab, die in den traditionellen politik- und geistesgeschichtlichen Studien der verschiedenen ostdeutschen Historischen Kommissionen verfolgt wurden.<sup>48</sup>

Insofern ‚Ostforschung‘ als ‚Volksgeschichte‘ ihren entscheidenden thematischen wie methodischen Antrieb aus den politischen Problemen der Gegenwart bezog und sich in hohem Maße an deren Erfordernissen ausrichtete, stellte sie sich bewußt oder unbewußt in den Dienst einer dezidiert antipolnischen politischen Konzeption.<sup>49</sup> Im „wissenschaftlichen Kampf um die neue Grenze“<sup>50</sup> betrachteten einzelne Vertreter der ‚Ostforschung‘ die Ergebnisse ihrer Arbeit dabei nicht nur als ein intellektuelles Argument, sondern geradezu als politische „Waffe“ im Kampf des deutschen Volkes gegen das Unrecht der Pariser Vorortverträge.<sup>51</sup>

<sup>46</sup> WINFRIED SCHULZE: German Historiography from the 1930s to the 1950s, in: *Paths of Continuity. Central European Historiography from the 1930s to the 1950s*, hrsg. von HARTMUT LEHMANN u. JAMES VAN HORN MELTON, Cambridge 1994, S. 19–42, hier S. 22; HERMANN AUBIN: Gedenkrede auf die Universität Breslau, in: *Jb. der Schlesischen Friedrich Wilhelms-Universität zu Breslau* 8 (1963), S. 289–305, hier S. 302, erläuterte hierzu aus der Rückschau: „Vordem hatte man sich gänzlich auf den Staat verlassen, jetzt war ... die Notwendigkeit der Selbsthilfe offenbar geworden. Früher hatte man die Dinge rein unter staatlichen Gesichtspunkten gesehen, jetzt trat daneben der völkische. War doch der Kampf um Oberschlesien wesentlich vom Volk her geführt worden. ... Der Unterbau solcher Gedanken konnte eine breit gedachte Volksforschung vieler Fächer dienen, wie sie damals ... aus neuer geistiger Lage angestrebt wurde.“

<sup>47</sup> Vgl. SCHLESINGER, *Die mittelalterliche deutsche Ostsiedlung* (wie Anm. 11), S. 25 f. bzw. unten S. 441.

<sup>48</sup> HACKMANN, *Volks- und Kulturbodenkonzeptionen* (wie Anm. 15), S. 50.

<sup>49</sup> Zu den methodischen Grundlagen dieser Ostforschung HACKMANN, *Volks- und Kulturbodenkonzeptionen* (wie Anm. 15), S. 53–62.

<sup>50</sup> Zum Geleit, in: *Deutsche Hefte für Volks- und Kulturbodenforschung* 1 (1930/31), S. 1.

<sup>51</sup> „Unsere Aufgabe ist, den amtlichen Stellen für die Stunde, in der der Versailler Vertrag fällt, unsere Forschungsergebnisse als Waffen in die Hand zu drücken.“, so beispielsweise WILHELM VOLZ anlässlich einer Tagung der Stiftung für Volks- und Kulturbodenforschung im März 1924; das Zitat aus dem unveröffentlichten Sitzungsbericht bei FAHLBUSCH (wie Anm. 22), S. 112; vgl. auch ERICH MASCHKE: *Quellen und Darstellungen in der Geschichtsschreibung des Preußenlandes*, in: *Deutsche Staatenbildung und deutsche Kultur im Preußenlande*, hrsg. vom Landeshauptmann

So wie die allgemeine „Volksgeschichte“ seit den Historikertagen von Frankfurt (1924) und Breslau (1926) zunehmend – wenn auch als geschichtswissenschaftliche Minderheitenströmung – neben die traditionelle, historistisch geprägte Allgmeinhistorie trat<sup>52</sup>, so trat „Ostforschung“ als neue selbständige Richtung der Ostmitteleuropaforschung neben die weiterhin vornehmlich auf die russische Geschichte fixierte, politik- und ideengeschichtlich ausgerichtete „Osteuropäische Geschichte“.<sup>53</sup> Institutionell schlug sich die Verselbständigung in der Einrichtung einer neuen zentralen Koordinierungsstelle nieder. Während die 1926 als allgemeines institutionelles Rückgrat der neuen „Volksgeschichte“ gegründete „Stiftung für Volks- und Kulturbodenforschung“ schon 1933/34 ihre „Tätigkeit als fördernde und Gemeinsamkeit auf allen Gebieten der Deutschtumsforschung erstrebende Mittelstelle des großen Kreises der hierbei zur Mitwirkung berufenen und tätigen Forscher“ einstellen mußte<sup>54</sup>, entstanden seit 1932 mit der „Publikationsstelle“ beim Geheimen Staatsarchiv in Berlin-Dahlem und der von dieser betreuten, am 19. Dezember 1933 begründeten „Nordostdeutschen Forschungsgemeinschaft“ jene Koordinierungs- und Förderinstanzen, die die Arbeit der „Ostforschung“ fortan maßgeblich bestimmten.<sup>55</sup>

### „Ostforschung“ und Nationalsozialismus

Der Übergang von der ahistorischen Vorstellung vom unwandelbaren Wesen des deutschen Volkstums, wie sie die volksgeschichtliche „Ostforschung“ entwickelt hatte, zu einem biologisch-rassischen Volksbegriff, wie ihn der Na-

---

der Provinz Ostpreußen [PAUL BLUNK], Königsberg 1931, S. 27–39, hier S. 39, der seine Übersicht mit der Bemerkung schließt „Die Not des Landes zwingt, aus ihnen [den Quellen und Darstellungen zur Geschichte des altpreußischen Raumes] Waffen im Existenzkampf zu schmieden.“

<sup>52</sup> OBERKRÖME, Volksgeschichte (wie Anm. 35), S. 182f.

<sup>53</sup> Osteuropäische Geschichte war zwischen 1918 und 1931 in Form ordentlicher oder außerordentlicher Professuren an sechs Universitäten vertreten: seit 1902 am Seminar für osteuropäische Geschichte und Landeskunde der Universität Berlin; seit 1902/14 in Form eines persönlichen, 1931 entfallenen Lehrstuhls an der Universität Bonn; seit 1914/16 am Seminar für Kultur und Geschichte Rußlands an der Universität Hamburg; seit 1926/27 als Abteilung und Lehrstuhl am Institut für Kultur- und Universalgeschichte in Leipzig; seit 1927 als Extraordinariat an der Universität Breslau und seit 1929 als nicht beamtetes Extraordinariat an der Universität Königsberg; vgl. CAMPHAUSEN, Historische Rußlandforschung 1918–1933 (wie Anm. 15), S. 21–79.

<sup>54</sup> CARL PETERSEN, HANS SCHWALM: Dem 3. Jahrgang zum Geleit, in: Deutsche Hefte für Volks- und Kulturbodenforschung 3 (1933), S. 1. Die Hefte waren das Publikationsorgan der Stiftung; zu deren Geschichte und Tätigkeit ausführlich FAHLBUSCH (wie Anm. 22).

<sup>55</sup> Zur Publikationsstelle ausführlich BURLEIGH, Germany (wie Anm. 14) passim; CAMPHAUSEN, Historische Rußlandforschung 1933–1945 (wie Anm. 15), S. 182–192; PIOTROWSKI, Propaganda (wie Anm. 12). Zur Nordostdeutschen Forschungsgemeinschaft, die 1935 in Nord- und Ostdeutsche Forschungsgemeinschaft umbenannt wurde, vgl. CAMPHAUSEN, Historische Rußlandforschung 1933–1945 (wie Anm. 15), S. 193–212; BURLEIGH, Germany (wie Anm. 14) passim, bes. S. 70–77.

tionalsozialismus propagierte, war kurz und fließend.<sup>56</sup> Beim Durchbruch des Nationalsozialismus zeigte sich die volksgeschichtliche ‚Ostforschung‘ denn auch „offen für eine geradezu schrankenlose politische Instrumentalisierung“, als deren zentrale Figuren die Leiter der ‚Publikationsstelle‘, Albert Brackmann und Johannes Papritz, erscheinen.<sup>57</sup> Wie Willi Oberkrome an einschlägigen Studien Rudolf Köttschkes, Werner Conzes, Walter Kuhns und Hermann Aubins, Jörg Hackmann insbesondere an Arbeiten Erich Keyser<sup>58</sup> und jüngst Götz Aly am Beispiel Werner Conzes und Theodor Schieder<sup>59</sup> zu verdeutlichen versuchen, machte die volksgeschichtlich ausgerichtete ‚Ostforschung‘ seit den späten 1930er Jahren die deutschen Ansprüche in Osteuropa jedenfalls „noch drastischer geltend ... als vor der nationalsozialistischen Machtergreifung.“<sup>60</sup> Während die Vertreter der ‚Osteuropäischen Geschichte‘ bis 1935 mit Ausnahme Erdmann Hanischs sämtlich ihre Positionen verloren hatten, emigrieren mußten oder in den Ruhestand traten und der Wissenschaftsbetrieb hier „nicht nur empfindlich gestört, sondern zum Teil sogar gänzlich unterbrochen“ wurde<sup>61</sup>, etablierte sich die ‚Ostforschung‘ unter den neuen politischen Verhältnissen um so kräftiger. Ihre führenden Vertreter sahen – um das Schlagwort Michael Burleighs aufzugreifen – erst jetzt ihre Stunde recht eigentlich gekommen.<sup>62</sup> In einer – ohne weitere detaillierte Studien einstweilen – schwer entwirrbaren Ambivalenz von politischer Selbstinstrumentalisierung und dem Anspruch, weiterhin solide wissenschaftliche Arbeit zu leisten und diese von den Ansprüchen der Politik frei zu halten<sup>63</sup>,

<sup>56</sup> Vgl. ERICH KEYSER: Die völkische Geschichtsauffassung, in: Preußische Jbb. 234 (1939), S. 1–20; ADOLF HELBOK: Biologische Volkstumsgeschichte, Leipzig, Berlin 1936; HACKMANN, Volks- und Kulturbodenkonzeptionen (wie Anm. 15) S. 55.

<sup>57</sup> ZERNACK, Deutschland (wie Anm. 17), S. 585.

<sup>58</sup> OBERKROME, Volksgeschichte (wie Anm. 35), S. 56–61, 143 f., 197–199; HACKMANN, Der Kampf um die Weichsel (wie Anm. 15), bes. S. 55 f.; DERS., Volks- und Kulturbodenkonzeptionen (wie Anm. 15), bes. S. 55.

<sup>59</sup> ALY, Macht (wie Anm. 15), S. 153–183.

<sup>60</sup> OBERKROME, Volksgeschichte (wie Anm. 35), S. 199.

<sup>61</sup> CAMPHAUSEN, Historische Rußlandforschung 1933–1945 (wie Anm. 15), S. 379, spricht aus diesem Grund von einer deutlichen „fachgeschichtlichen Zäsur“; bis 1935 waren von den vier Osteuropa-Ordinarien, drei Extraordinarien und drei Assistenten sechs entlassen und zwei emeritiert worden.

<sup>62</sup> Der ursprüngliche Titel von BURLEIGHs Studie (wie Anm. 14) lautete ‚The Hour of the Experts‘.

<sup>63</sup> Zumindest für die Anfangsjahre des Nationalsozialismus begegnen Hinweise, daß ALBERT BRACKMANN als Vorsitzender der Nord- und Ostdeutschen Forschungsgemeinschaft offenbar den Versuch unternahm, durch ein vorauseilendes Entgegenkommen gegenüber der gleichgeschalteten Ministerialbürokratie tiefgreifendere Eingriffe in die wissenschaftliche Arbeit abzuwehren. So teilte er Hermann Aubin am 1. Februar 1934 in einem als ‚streng vertraulich‘ deklarierten Brief mit, daß im Auswärtigen Amt „und vor allem beim Reichsministerium des Innern, das ja jetzt die Führung auf dem ganzen Gebiet der Forschung erhalten wird, ... die feste Absicht [bestehe], eine starke Kontrolle der wissenschaftlichen Arbeiten und der Finanzen der einzelnen Institute durchzuführen. Auf meinen Vorschlag hin haben sie

verstrickte sich *„Ostforschung“* dabei gewollt oder ungewollt auch in die nationalsozialistische Unterwerfungs- und Vernichtungspolitik im Osten.<sup>64</sup> Nicht zufällig gelangte der Begriff *„Ostforschung“* erst jetzt auch zu einer größeren terminologischen Wirkung, wurden Institutionen und Publikationen mit ihm bezeichnet<sup>65</sup> und machte sich ihn die Politik verstärkt zu eigen.

Von ihren Protagonisten selbst ist *„Ostforschung“* damals zumeist nur implizit durch ihre praktischen Arbeiten und nur selten in programmatischen Erklärungen charakterisiert worden. Eine der wenigen expliziten Definitionen hat Herbert Schlenger, ein Breslauer Schüler Hermann Aubins, 1944 im Deutschen Archiv für Landes- und Volksforschung formuliert. Danach verstand sich *„Ostforschung“* als eine „Wissenschaft, die aus dem Gedanken ihrer politischen Verpflichtung heraus die Forderung nach einer modernen universitas litterarum erfüllt“, ein „fachlich und räumlich weitverbreitete[s] Stoffgebiet“ abdeckt und als eine „bestimmte wissenschaftliche Problematik“ mit einem einheitlichen „methodischen Grundgedanken“ „nicht bloß Grenzforschung“, sondern „Volks- und Landesforschung schlechthin“ sei. In ihrem Mittelpunkt stehe „nicht nur das deutsche Volk und sein Lebensraum“, vielmehr dringe *„Ostforschung“* „auch in die Tiefe der dem deutschen Volk im Osten benach-

---

für den Nordosten die Feststellungen mir übertragen, damit die Angelegenheit aus dem rein politischen auf das wissenschaftliche Gebiet geschoben wird. Ich habe nachdrücklich darauf hingewiesen, dass eine Aufsicht durch eine politische Instanz den wissenschaftlichen Kreisen nicht sehr erwünscht sein würde. ... Umso mehr bitte ich Sie, mich in dieser Richtung für Schlesien so stark wie möglich zu unterstützen, weil wir nur auf diese Weise andere Kontrollinstanzen vermeiden können.“ Bundesarchiv Koblenz NL 179 (Nachlaß Herman Aubin) Bd. 43, Bl. 76f. In diesem Sinne hielt es Brackmann wohl für das kleinere Übel, daß am 22. April 1937 von politischer Seite die Anweisung erging, daß künftig „... alle wissenschaftlichen Publikationen zur Wendenfrage ... vor Erscheinen der Nord- und Ostdeutschen Forschungsgemeinschaft zur Prüfung vorgelegt werden [sollen].“ Das sei, wie Brackmann in einem Brief am 23. April 1937 Aubin erläuterte, „keine sehr angenehme Aufgabe. Aber es war die einzige mögliche Lösung, weil Wissenschaftler und Politiker einander gegenüberstanden. Ein Protokoll und schriftliche Mitteilungen werden nicht gemacht. Auf meinen Vorschlag hin aber soll dieser Abschluss mündlich allen interessierten Persönlichkeiten mitgeteilt werden. Ich tue das hiermit Ihnen gegenüber und bitte, es auch Ihrerseits mündlich bekanntzugeben, wo Sie es für nötig halten.“ Ebenda, Bl. 9. Ich danke Herrn Prof. Dr. BERNHARD AUBIN, Saarbrücken, für die Genehmigung zur Benutzung des Nachlasses seines Vaters.

<sup>64</sup> Vgl. BURLEIGH, Germany (wie Anm. 14) passim; EBBINGHAUS/ROTH, Vorläufer (wie Anm. 15); HACKMANN, Ostpreußen und Westpreußen (wie Anm. 16); ALY/HEIN, Vordenker (wie Anm. 15); DERS., Macht (wie Anm. 15).

<sup>65</sup> So wurde 1940 das 1916 zunächst als „Institut für ostdeutsche Wirtschaft“ gegründete Königsberger „Institut für osteuropäische Wirtschaft“ in „Institut für Ostforschung“ umbenannt, 1941 die „Reichsstiftung für deutsche Ostforschung“ und 1942 die „Zentrale für Ostforschung“ gegründet, vgl. CAMPHAUSEN, Historische Rußlandforschung 1892–1933 (wie Anm. 15), S. 77f., 181; VOLKMER, Die deutsche Forschung (wie Anm. 15), S. 128. 1942/43 erschien die zweibändige ALBERT BRACKMANN zum 70. Geburtstag gewidmete Festschrift unter dem Titel „Deutsche Ostforschung: Aufgaben und Ergebnisse“.

barten Völker und Länder ein.“ So werde sie „zur Ganzheitsforschung im umfassendsten Sinn des Wortes und damit zum sichtbarsten Ausdruck des Strebens nach Ganzheit innerhalb der deutschen Landes- und Volksforschung.“<sup>66</sup> ‚Ostforschung‘ erhob damit nicht nur den Anspruch, die herkömmliche kleinräumig isolierte Heimat- bzw. Landesforschung in einem größeren „ganzheitlichen“ Zusammenhang, in einem neuen methodischen Zugang zu überwinden, sondern zugleich auch das Wesen der nichtdeutschen Geschichte Ostmitteleuropas zu erfassen. Daß sie mindestens dem letztgenannten Anspruch in Wirklichkeit kaum gerecht wurde, ist mit Recht bereits mehrfach betont worden.

### ,Ostforschung‘ – eine wissenschaftliche Innovation ?

Wie aber steht es um die Vorstellung, daß das volksgeschichtliche Paradigma und damit auch die ‚Ostforschung‘ der 1920er bis 1940er Jahre ungeachtet ihrer politischen Instrumentalisierung wissenschaftlich innovativ gewesen seien und diese Innovationen letztlich sogar in einer längerfristigen Wirkung auch die Entwicklung der Sozialgeschichte in der Bundesrepublik<sup>67</sup>, ja möglicherweise schon die Ausbildung der neuen Geschichtsschreibung der französischen *Annales* beeinflußt hätten?<sup>68</sup>

In der Tat entwickelten ‚Volksgeschichte‘ und ‚Ostforschung‘ in ihrer Orientierung auf den deutschen Volks- und Kulturboden eine neuartige historische Forschungspraxis. Diese zeichnete sich durch mehrere Elemente aus. Zum einen war sie um eine umfassende interdisziplinäre Zusammenarbeit bemüht. Engere Arbeitskontakte über die Grenzen der einzelnen Spezialfächer hinweg

<sup>66</sup> HERBERT SCHLENGER: Deutsche Ostforschung, in: Deutsches Archiv für Landes- und Volksforschung 8 (1944), S. 395–408, hier S. 395f.

<sup>67</sup> SCHULZE, Neubeginn (wie Anm. 5), S. 31–37; DERS., Geschichtswissenschaft (wie Anm. 5), S. 281, 296; JÜRGEN KOCKA: Ideological Regression and Methodological Innovation: Historiography and the Social Sciences in the 1930s and 1940s, in: History and Memory 2 (1990), S. 130–138; DERS.: Sozialgeschichte – gestern und heute, in: Paradigma deutscher Geschichtswissenschaft, hrsg. von ILKO SASCHA KOWALCZUK, Berlin 1994, S. 15–31, hier S. 19f.; OBERKROME, Volksgeschichte (wie Anm. 35) passim, bes. S. 20, 99, 224–227.

<sup>68</sup> JAMES VAN HORN MELTON: Continuities in German Historical Scholarship 1933–1960, in: Paths of Continuity. Central European Historiography from the 1930s to the 1950s, hrsg. von HARTMUT LEHMANN, JAMES VAN HORN MELTON, Cambridge 1994, S. 1–18, hier S. 6; REINHARD ELZE, in: Annali dell’ Istituto storico italo-germanico in Trento 13 (1987), S. 149f. Eine vehemente Kritik der Vorstellung, die Grundideen und grundlegenden Fragestellungen der französischen *Annales* seien Importe aus Deutschland, bei OTTO G. OEXLE: Was deutsche Mediävisten an der französischen Mittelalterforschung interessieren muß, in: Mittelalterforschung nach der Wende 1989, hrsg. von MICHAEL BORGOLTE, München 1995, S. 89–127, hier S. 91–93; vorsichtig abwägender PETER SCHÖTTLER: Das „Annales-Paradigma“ und die deutsche Historiographie (1929–1939). Ein deutsch-französischer Wissenschaftstransfer, in: Nationale Grenzen und internationaler Austausch. Studien zum Kultur- und Wissenschaftstransfer in Europa, hrsg. von LOTHAR JORDAN u. BERND KORTLÄNDER, Tübingen 1995, S. 200–220.

sollten systematisch neue Erkenntnisse befördern. So griffen ‚Volkshistoriker‘ und ‚Ostforscher‘ Verfahren und Methoden, aber auch Theoriebildungen der Geographie, Sprachwissenschaft, Volkskunde, Soziologie, Archäologie und Kunstgeschichte auf, um sie in Arbeiten empirisch umzusetzen, in denen auf diese Weise „originär historische, volkskundliche, statistische, geographische und linguistische Ansätze zu einer interdisziplinären, historisch fundierten ‚Wissenschaft vom deutschen Volkstum‘“ verschmolzen.<sup>69</sup> Auch wenn zwischenfachliche Zusammenarbeit auch der bisherigen Geschichtswissenschaft nicht völlig fremd war, traten mit der verstärkten Nutzung interdisziplinärer Synergieeffekte doch neue Arbeitsansätze hervor.

Mit der Akzentuierung des Volkes als Träger der Geschichte wurde zweitens ein bisher weniger im Vordergrund stehendes Element historischer Prozesse – eben das ‚Volk‘ – zu einem legitimen Objekt geschichtswissenschaftlichen Forschens. Damit wurde auch seine soziale Welt, sein alltags- und kulturgeschichtliches Leben als historiographischer Gegenstand entdeckt und der Blick für familien-, siedlungs- und bevölkerungsgeschichtliche Fragestellungen geöffnet. Damit aber wurde das thematische Spektrum der hergebrachten historistischen Geschichtsschreibung der ‚Haupt- und Staatsaktionen‘ deutlich erweitert. Es wäre freilich noch genauer zu untersuchen, ob und inwieweit solche Ansätze tatsächlich das methodische Bewußtsein der ‚Ostforschung‘ für langfristige strukturelle historische Prozesse geschärft haben.

Schließlich griffen ‚Volksgeschichte‘ und ‚Ostforschung‘ drittens auch zu neuen Darstellungsformen. Narrative Deskriptionen wurden mit tabellarisch-quantifizierenden und kartographischen Materialien, Skizzen und Graphiken verknüpft. Willi Oberkrome hat in diesem Zusammenhang von einer „verfahrenstechnische[n], heuristische[n] Progressivität“ gesprochen und Jürgen Kocka die „wissenschaftliche Innovation“ der ‚Volksgeschichte‘ insgesamt ungeachtet ihrer „extrem problematischen erkenntnisleitenden Interessen“ als „einen Beitrag zur Erkenntniserweiterung und eine langfristige Stärkung der analytischen historiographischen Fähigkeiten“, als einen „wissenschaftlichen Fortschritt“ bezeichnet.<sup>70</sup> Die Validität der Vorstellung von einer methodischen Progressivität der ‚Volksgeschichte‘ bzw. ‚Ostforschung‘ ist freilich verschiedentlich erheblich in Zweifel gezogen worden.<sup>71</sup> Die Münchner Sektion über die ‚Ostforschung‘ und ihre Bilder und Vorstellungen von der Geschichte

<sup>69</sup> OBERKROME, *Volksgeschichte* (wie Anm. 35), S. 99; vgl. auch HACKMANN, *Volks- und Kulturbodenkonzeptionen* (wie Anm. 15), S. 50.

<sup>70</sup> OBERKROME, *Volksgeschichte* (wie Anm. 35), S. 100; KOCKA, *Ideological* (wie Anm. 67), S. 132, 135.

<sup>71</sup> MICHAEL BURLEIGH: *Scholarship, State and Nation 1918–1945*, in: *The State of Germany. The National Idea in the Making, Unmaking and Remaking of a Modern Nation-State*, hrsg. von JOHN BRENILLY, London 1992, S. 128–140, bes. S. 134f. Deutlich skeptischer neuerdings auch WILLI OBERKROME: ‚Grenzkampf‘ und ‚Heimatsdienst‘. Geschichtswissenschaft und Revisionsbegehren, in: *Tel Aviver Jb. für deutsche Geschichte* 25 (1996), S. 187–204, hier S. 202.

Polens sollte vor diesem Hintergrund auch Aufschluß darüber erbringen, inwieweit die *Modernisierungsthese* im Fall der ‚Ostforschung‘ tatsächlich trägt. Im Ergebnis haben sowohl die Referate als auch die Diskussion der Sektion die bestehenden Zweifel an einer längerfristigen innovativen Wirkung der ‚Ostforschung‘ – zumindest was ihren Umgang mit Problemen und Fragen der polnischen Geschichte betrifft – eher weiter bestärkt.<sup>72</sup>

### ‚Ostforschung‘ – Kontinuität und Wandel nach 1945

Die von der Weimarer Republik über den Nationalsozialismus in die Bonner Republik reichende Wirkung der ‚Ostforschung‘ ist gelegentlich als das „eigentliche Skandalon“ bezeichnet worden.<sup>73</sup> Nun war deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945 bekanntlich insgesamt nicht Gegenstand grundlegender Revisionen. Mochte sie vorübergehend eine „starke moralische Besinnungsphase“ erlebt und „eine eindeutige Abwendung von rassistischen und nationalsozialistischen Positionen“ vorgenommen haben, einen radikalen Bruch in ihren methodischen und inhaltlichen Grundorientierungen vollzog sie zunächst nicht.<sup>74</sup> Dieser Befund gilt auch für die ‚Ostforschung‘.

Das Wiederanknüpfen an die 1945 von außen unterbrochene Tradition läßt sich institutionell wie personell – neben dem schon 1946 gegründeten „Göttinger Arbeitskreis für Ostpreußen“ – vor allem im Johann Gottfried Herder-Forschungsrat und dem von ihm begründeten Johann Gottfried Herder-Institut in Marburg fassen. Anläßlich des ersten Nachkriegshistorikertages in München 1949 hatte eine Gruppe „ostdeutscher und an ostdeutschen und osteuropäischen Forschungen beteiligter Forscher“ den damals an der Universität Hamburg lehrenden Hermann Aubin beauftragt, „den Arbeitsbereich der weiterbestehenden Nord- und Ostdeutschen Forschungsgemeinschaft wieder zu beleben und eine zentrale Forschungsstelle, entsprechend der früheren Publikationsstelle in Berlin-Dahlem, vorzubereiten.“<sup>75</sup> Als Aubin daraufhin im

<sup>72</sup> Daß sich ‚Ostforschung‘ in ihrem Selbstverständnis gleichwohl auf ihre methodischen Errungenschaften offenbar etwas zugute hielt, mag die am 27. März 1937 in einem Brief an ALBERT BRACKMANN bekundete Überzeugung HERMANN AUBINS verdeutlichen, daß „wir den Ausländern wichtige Dinge zu bieten haben. Es scheint mir, daß dabei gerade methodische Darlegungen auf Interesse rechnen können.“ Bundesarchiv Koblenz NL 179. Bd. 43, Bl. 14.

<sup>73</sup> TROEBST, Historische Osteuropaforschung (wie Anm. 5), S. 605; vgl. auch KLESSMANN, Geschichtsbewußtsein (wie Anm. 13), S. 118–120; BURLEIGH, Albert Brackmann (wie Anm. 14), S. 300–321; OBERLÄNDER, Osteuropaforschung (wie Anm. 15), S. 12.

<sup>74</sup> SCHULZE, Geschichtswissenschaft (wie Anm. 5), S. 305; KOCKA, Sozialgeschichte (wie Anm. 67), S. 21.

<sup>75</sup> Hektographiertes Rundschreiben HERMANN AUBINS vom 17. April 1950, in: Akten des Herder-Instituts, „Mitgliederversammlungen des Herder-Forschungsrates“. Aubin sah sich als 1934 ernannter stellvertretender Vorsitzender der Nord- und Ostdeutschen Forschungsgemeinschaft in der Verantwortung, deren Aktivitäten wieder zu beleben, da der damals 79jährige Vorsitzende der Forschungsgemeinschaft, ALBERT

April 1950 zur Gründungsversammlung des Herder-Forschungsrates einlud, freute man sich denn auch, „daß wir wieder so weit sind und demnächst ein Forschungsinstitut in Anknüpfung an gute, alte Traditionen die bisher zwangsläufig leider arg vernachlässigten Belange der nord- und ostdeutschen Forschung erneut wahrnehmen wird.“<sup>76</sup> Der Rekurs auf die Tradition, die in den Jahren zuvor geleistete Arbeit und die in zwanzigjährigem Wirken zusammengeschweißte Gemeinschaft – die „Schar der Ungebrochenen“<sup>77</sup> – zieht sich wie ein roter Faden durch die Protokolle und Akten aus der Anfangszeit von Forschungsrat und Herder-Institut. Wenn dabei der Begriff *„Ostforschung“* anfänglich vielfach vermieden und zunächst zumeist von *„ostdeutscher Forschung“* oder *„Ostmitteleuropaforschung“* gesprochen wurde, auch über den Namen der geplanten Zeitschrift – der 1952 gegründeten *„Zeitschrift für Ostforschung“* – zunächst noch durchaus kontrovers diskutiert wurde<sup>78</sup> und schließlich schon in der Gründungsversammlung von einem Mitglied vorsichtig angemerkt wurde, „daß die bisherigen Betrachtungen vom rein deutschen Standpunkt ausgingen“<sup>79</sup>, so mag dies andeuten, daß jene „sublime moralische Selbstkritik“, die Hans Mommsen für die Allgemeinhistorie der ersten Nachkriegsjahre konstatierte<sup>80</sup>, auch der *„Ostforschung“* nicht völlig fremd gewesen sein mag. Anlässlich der ersten wissenschaftlichen Tagung des Herder-Forschungsrates im Oktober 1950 stellte Hermann Aubin in seiner Eröffnungsrede fest, daß man „nicht in derselben Weise fortfahren“ könne und der Forschungsrat „dem deutschen Wesen unrecht“ täte, wenn er „es in diesem östlichen Raum isoliert“ und nur „mit dem Nationalgesicht des 19. und 20. Jahrhunderts allein“ betrachten würde. Auch Erich Keyser, seit 1951 Direktor des Herder-Instituts, betonte 1954, daß „die neu ansetzende Ostforschung ... den Blick weiter als vormals richten und nationalistische Übertreibungen meiden“ müsse.<sup>81</sup>

---

BRACKMANN, in Ost-Berlin lebte und für den Wiederaufbau institutioneller Strukturen im Westen nicht mehr zur Verfügung stand.

<sup>76</sup> Schreiben von ADOLF DIESTELKAMP an WERNER ESSEN vom 21. April 1950, in: Akten des Herder-Instituts, „Mitgliederversammlungen des Herder-Forschungsrates“.

<sup>77</sup> Zum Geleit, in: *Zeitschrift für Ostforschung* 1 (1952), S. 1.

<sup>78</sup> In einem Brief an ERICH KEYSER vom 13. Februar 1952 hielt JOHANNES PAPRITZ beispielsweise den Titel *„Zeitschrift für Ostforschung“* für „untragbar“ und plädierte für die „Richtigkeit und Wirksamkeit des Titels *„Ostmitteleuropa“*“.

<sup>79</sup> Wortmeldung von KURT DÜLFER, in: Protokoll der Gründungsversammlung des Herder-Forschungsrates vom 29. April 1950, S. 8, in: Akten des Herder-Instituts, „Mitgliederversammlungen des Herder-Forschungsrates“.

<sup>80</sup> Vgl. zur Allgemeinhistorie HANS MOMMSEN: Haupttendenzen nach 1945 und in der Ära des kalten Krieges, in: *Geschichtswissenschaft in Deutschland. Traditionelle Positionen und gegenwärtige Aufgaben*, hrsg. von BERND FAULENBACH, München 1974, S. 112–120, hier S. 115; SCHULZE, *Geschichtswissenschaft* (wie Anm. 5), S. 4 u. 17.

<sup>81</sup> Bericht über die Arbeiten der Mitglieder des J. G. Herder-Forschungsrates auf dem Gebiet der Ostforschung in den Jahren 1950–1954, erstattet von ERICH KEYSER, in: Akten des Herder-Instituts, „Tätigkeitsberichte 1950–1958“.

Ungeachtet solch vorsichtiger Relativierungen knüpfte der Herder-Forschungsrat gleichwohl nicht nur institutionell und personell stark an die alten Traditionslinien an. Auch inhaltlich hielt er zunächst an einem Verständnis von ‚Ostforschung‘ fest, das dem deutschen Faktor in der Geschichte Ostmitteleuropas weiterhin herausragende Bedeutung beimaß.<sup>82</sup> Das wurde schon in jenem Vortrag des Volkskundlers Bruno Schier deutlich, mit dem der Herder-Forschungsrat und das Herder-Institut im Oktober 1950 erstmals vor eine breitere Öffentlichkeit traten. Schier hatte bereits im Rahmen der Gründungsversammlung betont, daß der Herder-Forschungsrat, „in einer Zeit, da es zum guten Ton gehört, die kulturellen Verdienste des deutschen Volkes zu verkleinern, ... den unzeitgemäßen Versuch unternehmen [muß], in einer neuen Betrachtungsweise auf die kulturelle Großleistung des deutschen Volkes im Osten unseres Erdteils hinzuweisen.“<sup>83</sup> In seinem Vortrag führte er dann sechs Monate später öffentlich aus, daß „die aktiv-dynamische Einstellung“ des zwischen den westlichen und östlichen „Prägekräften“ gelegenen ostmitteleuropäischen Raumes selbstverständlich „von den germanisch-deutschen Aufbaukräften ihren Ausgang“ genommen habe und die „kulturelle Aktivierung der westslavischen und magyrischen Nachbarn“ durch das „Restgermanentum der frühgeschichtlichen Zeit“ und „das städtische Deutschtum des Mittelalters“ erfolgt sei. „Darüber hinaus haben sich alle deutschen Volksinseln dieses Raumes als Kulturherde von ausserordentlicher Strahlkraft bewährt, welche die kulturelle Mitgift ihrer Heimat freigebig in das Umland ausstreuen. Die Zugehörigkeit zum Deutschtum ermöglicht es ihnen, alle Neuerungen der kulturfreudigen Heimat leichter als der Slawe zu verstehen, sie rascher zu übernehmen und in einer landgerechten Form an den slawischen Nachbarn weiterzugeben. [...] Die Durchtränkung mit deutschen Kulturformen ist das Hauptmerkmal des mitteleuropäischen Raumes. Sie hat aus dem Vorfeld Asiens ein Gebiet europäischer Möglichkeiten gemacht und ihm das Amt eines Schutzwalles gegen den Osten übertragen.“<sup>84</sup>

<sup>82</sup> ZERNACK, Osteuropa (wie Anm. 8), S. 17f.; OLSZEWSKI, Ostforschung (wie Anm. 21), S. 88, und neuerdings DIETRICH GEYER: Osteuropäische Geschichte und das Ende der kommunistischen Zeit, Heidelberg 1996, S. 33; HELLMANN, Zur Lage (wie Anm. 8), S. 32, verwies darauf, daß das Herder-Institut „nicht nur an der deutschumsgeschichtlich orientierten Sehweise festhielt ..., sondern auch die Nähe zu bestimmten politischen Tendenzen der ersten Nachkriegszeit aus den Kreisen der Heimatvertriebenen nicht verleugnete.“

<sup>83</sup> Wortmeldung von BRUNO SCHIER, in: Aufzeichnung über eine Besprechung des Herder-Forschungsrates vom 29. April 1950 im Kaffeehaus Markees, in: Akten des Herder-Instituts, „Mitgliederversammlungen des Herder-Forschungsrates“.

<sup>84</sup> BRUNO SCHIER: West und Ost in den Volkskulturen Mitteleuropas. Vortragsmanuskript, in: Akten des Herder-Instituts, „Mitgliederversammlungen des Herder-Forschungsrates“. Schier knüpfte hier an Arbeiten aus den dreißiger Jahren an, vgl. BRUNO SCHIER: Die Auseinandersetzung zwischen Deutschen und Slawen in volkskundlicher Sicht, in: Deutsches Archiv für Landes- und Volksforschung 2 (1938), S. 1–22, bes. S. 22.

Schier ließ hier – neben der erneuten Akzentuierung der deutschen Kulturträgerrolle – auch deutlich jenes Motiv anklingen, das *„Ostforschung“* nach 1945/50 in ihrer gewandelten politischen Funktionalität konstituierte. Mit dem Vorrücken des Sowjetsystems bis an Elbe und Werra sah sich die *„neue Ostforschung“* vor die Notwendigkeit eines erneuerten ideologischen Kampfes gegen das kommunistische Herrschaftssystem gestellt. Die tradierte Vorstellung von der Kulturträgerschaft der Deutschen im Osten verband sich auf diese Weise mit einem – nunmehr demokratisch gewendeten – Abwehrkampf gegenüber der Sowjetunion, einer Verteidigung des Abendlandes, wie sie Aubin in seinem programmatischen Geleitartikel zum ersten Heft der *„Zeitschrift für Ostforschung“* eindringlich beschwor<sup>85</sup> – und wie sie Walter Schlesinger schon 1957 als „stellenweise anscheinend zu neuem Leben erwachenden pseudo-abendländischen Überlegenheitsdünkel über den Osten“ kritisierte.<sup>86</sup> „Je mehr Ostmitteleuropa und darüber hinaus Osteuropa“ – so der Direktor des Herder-Instituts 1953 – „zum Gegenstand politischer Bestrebungen, Auseinandersetzungen und Entscheidungen wird, desto stärker muß auch die Ostforschung eingesetzt werden, um die grundlegenden Kenntnisse und Ansichten über den Ostraum zu erarbeiten und darzubieten.“<sup>87</sup>

Vor dem Hintergrund des Verlustes der früheren deutschen Ostgebiete kam schließlich eine weitere – freilich nicht ganz so neue – Aufgabe hinzu. Wie Aubin im September 1951 in der Mitgliederversammlung erklärte, müsse vom Herder-Forschungsrat „gewissermaßen die Verteidigung dessen übernommen werden, was von außen her angegriffen wird: der Anspruch des Deutschtums auf seine östlichen Gebiete.“<sup>88</sup> Ganz ähnlich forderte Ludwig Petry, Gründungsmitglied des Forschungsrats, 1954, daß es „unter jenen aber, die vom Kriegsausgang in seiner vollen Härte, nämlich vom Schicksal der Austreibung betroffen wurden“, gelten müsse, „den unverjährbaren Heimatanspruch auch mit historischen Rechtstiteln zu unterbauen.“ Zwar warnte Petry dabei zugleich vor der „Gefahr des Umschlagens in egozentrische Einseitigkeit mit Scheuklappen gegenüber jedem außerdeutschen Beitrag zur Entwicklung einer gemeinsamen Schicksalszone in jene verzerrende Überbelichtung der eigenen Volksleistung nach Osten hin“ und bemühte sich damit um eine Absetzung von der „Entartung der sogenannten volks- und kulturdeutschen Betrachtungsweise.“ Doch stellte er *„Ostforschung“* als „Geschichte des

<sup>85</sup> HERMANN AUBIN: An einem neuen Anfang der Ostforschung, in: ZfO 1 (1952), S. 3–16.

<sup>86</sup> SCHLESINGER, Geschichtliche Stellung (wie Anm. 7), S. 540.

<sup>87</sup> ERICH KEYSER: Neue Planungen, sechsseitiges Konzept, in: Akten des Herder-Instituts, „Korrespondenz des Vorstands 1951“.

<sup>88</sup> Bericht über die fünfte Mitgliederversammlung des Herder-Forschungsrates am 17./18. September 1951 in Biedenkopf, in: Akten des Herder-Instituts, „Mitgliederversammlungen des Herder-Forschungsrates“.

deutschen Ostens“ weiterhin in einen aktuellen ideologisch-politischen Argumentationszusammenhang, dem es um den „künftigen Neubeginn im deutschen Osten“ ging.<sup>89</sup> Gegenüber solchen Neigungen traten Versuche einer wissenschaftsimmanenten Neubestimmung des Forschungsprogramms und Geschichtsverständnisses der ‚Ostforschung‘ zunächst noch deutlich zurück. Während Walter Schlesinger in der Historischen Zeitschrift darauf hinwies, daß die deutsche Forschung bereit sein müsse, „das überkommene Bild von der Geschichte des deutschen Ostens ... einer Prüfung zu unterziehen“ und „in manchem oder auch in vielem umzudenken, in der klaren Erkenntnis, daß die Übertreibungen und Einseitigkeiten des Volkstumskampfes nach dem ersten Weltkrieg und vollends der nationalsozialistischen Zeit einer gründlichen und bewußten, nicht nur unausgesprochenen Revision bedürfen“<sup>90</sup>, begann sich innerhalb des Forschungsrates eine Diskussion über die von Schlesinger konstatierte „Notwendigkeit neuer Konzeptionen“ nur zögerlich zu entwickeln. Immerhin sah sich Erich Keyser durch Schlesingers HZ-Aufsatz bereits im Herbst 1957 veranlaßt, dem Vorstand des Forschungsrates vorzuschlagen, bei einer der nächsten Wissenschaftlichen Tagungen „über eine etwaige neue Ausrichtung der Ostforschung zu sprechen.“<sup>91</sup> Keyser fürchtete augenscheinlich negative Auswirkungen, die von Schlesingers Aufsatz für den Forschungsrat bzw. sein Image ausgehen könnten, und versuchte daher, die Flucht nach vorn anzutreten. Doch waren weder Hermann Aubin noch Johannes Papritz zunächst geneigt, Keyzers Vorschlag aufzugreifen. Dieser beriet sich daraufhin mit Eugen Lemberg, der – wie er Aubin brieflich mitteilte – „sehr beachtenswerte Gedanken“ über die Aufgaben der Ostforschung vorgetragen habe. Keyser bat Lemberg, „diese schriftlich niederzulegen“, und sandte anschließend eine Abschrift des Textes an Aubin mit der Frage, ob „es nicht angebracht [wäre], wenn wir als einen zweiten Hauptpunkt der wissenschaftlichen Tagung bei unserer Jahresversammlung Lemberg seine Gedanken vortragen lassen und eine Aussprache über diese herbeiführen würden?“ Tatsächlich konfrontierte der deutsch-böhmische Soziologe im April 1958 daraufhin die Jahresversammlung mit Überlegungen „Zur Lage und Aufgabe der Ostforschung“. In ihnen empfahl er dem Forschungsrat, „gewissermaßen die Auseinandersetzung über die alten Themen“ abubrechen, um die Arbeit der Ostforschung „auf ein anderes Feld, eine höhere Ebene zu verlegen.“<sup>92</sup> Die deutsche Ostforschung, so Lemberg, sei durch die Vertreibung in einem Augenblick

<sup>89</sup> PETRY, Der deutsche Osten (wie Anm. 6), S. 127f., 131.

<sup>90</sup> SCHLESINGER, Geschichtliche Stellung (wie Anm. 7), S. 520.

<sup>91</sup> Durchschlag eines Schreibens von ERICH KEYSER an HERMANN AUBIN vom 25. März 1958. Akten des Herder-Instituts, „Korrespondenz des Vorstands“.

<sup>92</sup> EUGEN LEMBERG: Zur Lage und Aufgabe der Ostforschung (Manuskript eines Diskussionsbeitrags zur Jahresversammlung des Herder-Forschungsrates am 28. April 1958), in: Akten des Herder-Instituts.

unterbrochen worden, der das Ende einer Epoche markiere. Diese Epoche sei durch das Erwachen der ostmitteleuropäischen Völker und das Bestreben gekennzeichnet gewesen, „an Ortsnamen, vorgeschichtlichen Funden und Geschichtsquellen aller Art den möglichst frühen germanischen oder slawischen Charakter einer bestimmten Gegend nachzuweisen.“ Mit „den Exzessen des Nationalsozialismus“ sei diese Epoche offensichtlich zu Ende gegangen, so daß die Argumente des 19. Jahrhunderts, auch angesichts der neuen, durch andere als sprachlich-nationale Merkmale bestimmten Einteilung der Welt in eine kommunistische und eine liberal-demokratische Hemisphäre nicht mehr verfangen oder nicht mehr nötig seien. Für das wissenschaftliche Programm der Ostforschung stelle sich damit die Frage, ob sie „bereit und in der Lage ist“, die „durch die Vertreibung entstandene Notlage nicht nur an Forschungseinrichtungen, sondern auch an Konkurrenzfähigkeit und an Freiheit ihrer Themenwahl, als eine Herausforderung im Sinne Toynbees aufzunehmen und durch eine neue, der veränderten Epoche bewußte Thematik und Sehweise zu beantworten.“ Die deutsche Ostforschung müsse „den archimedischen Punkt“ finden, „von dem aus jene Epoche der nationalen Selbstkonstituierung der Völker und der ihr entsprechenden Kontroversen über die nationale Zugehörigkeit von Landschaften, Kulturleistungen und Persönlichkeiten zu Gunsten einer neuen, übergreifenden, nur von der deutschen Ostforschung und von niemand anderem sonst zu leistenden Aufgabe überwunden werden kann. Es handelt sich um eine Forschung, die den Raum Ost-Mitteleuropas deutlich umspannt, die für seine Völker mitdenkt und ihnen in ihrem gegenwärtigen Übergangsstadium zur Selbstdeutung hilft, eine Forschung, die die jene Völker übergreifenden Kräfte und Funktionen herausarbeitet, weil sie in diesen Völkern wesentliche Bauelemente, aber nicht die einzigen und letzten Instanzen Ost-Mitteleuropas erkennt. Eine solche, über das gegenwärtige marxistisch-leninistische Geschichtsbild, noch mehr aber über die bürgerlich-nationalen Geschichtsbilder jener Epoche der Selbstabgrenzung hinausgreifende geistige Durchdringung des Raumes würde eine bessere Verteidigung der deutschen Funktion in Ost-Mitteleuropa darstellen als die Fortsetzung der Nachweise deutscher Leistungen nach jener romantischen Werteskala und Fragestellung.“ Konkret forderte Lemberg eine deutsche Darstellung der Völker Ost-Mitteleuropas, „die nicht nur ihre politische Geschichte behandelt und ihre Ansprüche widerlegt, sondern die sie selbst als geistige Größen in ihrer Physiognomie deutet und verständlich macht ..., und zwar ohne jede Rücksicht auf etwaige Interessen des Deutschtums in Ost-Mitteleuropa. [...] Daß sich eines der ostmitteleuropäischen Völker von uns gedeutet und verstanden fühlt, ist ein grösserer Erfolg der Ostforschung, als daß etwa einer seiner nationalen Ansprüche dokumentarisch widerlegt worden ist.“ Allerdings sah Lemberg den Forschungsrat offenbar noch entfernt von diesem Ziel, wenn er feststellte, daß die „wissenschaftlichen Einrichtungen und Veranstaltungen vielfach in den apologetischen und vindikativen Fragestellungen der vergangenen Volks-

tumskampfsituation verharren.“ Demgegenüber sollte „die Ostforschung [...] planmäßiger und bewußter als bisher von der Erforschung und Darstellung der deutschen Rolle und Leistung in Ost-Mitteleuropa zu einer historischen und soziologischen, die Thematik mehrerer Disziplinen umgreifenden Erforschung, Analyse und Darstellung der ost-mitteleuropäischen Völker selbst übergehen und gültige, auch ... den betroffenen Völkern selbst annehmbare – weil nicht mit Kontroversen und Belehrungen über deutsche Positionen und Einflüsse belastete – Bilder entwerfen. Die Sozialgeschichte und soziale Struktur dieser Völker, ihre nationalen Ideologien, Selbstdeutungen und Aspirationen, ihr Verhältnis zu Staat und Nation, zur Umwelt, ihre Kulturbegriffe und Denkstile sind auch an sich und nicht nur als Gegenpositionen interessant.“ Insgesamt müsse „die mit den Völkern und Kulturen Osteuropas und Ost-Mitteleuropas beschäftigte Forschung, jene also, die hier unter Ostforschung gemeint ist, [...] jenen Schritt von den Aufgaben der Epoche des nationalen Erwachens zu den der neuen Epoche entsprechenden Aufgaben, zu ihrer weniger einseitigen, gewissermaßen normalisierten Sicht der Völker“ vollziehen.

Diesen Schritt zu einer normalisierten Sicht der Geschichte Ostmitteleuropas hatte ‚Ostforschung‘ im Umfeld des Herder-Forschungsrates damals offenbar noch nicht vollzogen. Immerhin gewann die Vorstellung, daß ‚Ostforschung‘ im Sinne der Erforschung der *Länder und Völker im östlichen Mitteleuropa*<sup>93</sup> wieder mehr zu sein habe als deutsche Geschichte im Osten, nun aber zunehmend an Gewicht. Die Geschichte Ostmitteleuropas ihrerseits war – wenn auch im Schatten einer weiterhin dominierenden Rußland- bzw. Sowjetunion-Forschung – inzwischen wieder Gegenstand einer erneuerten universitären Osteuropahistorie geworden. Das nach 1945 zunächst nur in Mainz und Hamburg vertretene Fach hatte in den 1950er Jahren eine beachtliche institutionelle Ausweitung erfahren.<sup>94</sup> Seine erstaunlich rasche Expansion verdankte es dabei wiederum nicht zuletzt aktuellen politischen Rahmenbedingungen. Im Zeichen des Kalten Krieges und des Antikommunismus konnte die Beschäftigung mit der Geschichte des östlichen Europa in Politik und Öffentlichkeit auf ein breites Interesse rechnen, mit dem sich freilich auch bestimmte politische Erwartungen verbanden. Zwar forderte der SPD-Abgeordnete Willi Brandt am 3. Juni 1953 im Deutschen Bundestag, daß „die Förderung der Wissenschaft und der Lehre über Ost- und Südosteuropa und über die deutschen Ostgebiete ... niemals zu einer Angelegenheit der Propaganda oder der reinen Zweckpolitik umgebogen werden“ dürfe, doch wies er selbst darauf hin, daß „nicht alle Publikationen, die nur mit Hilfe öffentlicher Zuschüsse erscheinen

<sup>93</sup> So lautete der Untertitel der 1952 vom Herder-Forschungsrat begründeten ‚Zeitschrift für Ostforschung‘.

<sup>94</sup> Zur institutionellen Entwicklung vgl. Geschichte Osteuropas. Zur Entwicklung einer historischen Disziplin in Deutschland, Österreich und der Schweiz 1945–1990, hrsg. von ERWIN OBERLÄNDER, Stuttgart 1992; ZERNACK, Osteuropa (wie Anm. 8), S. 17.

können, ... jene Voraussetzungen“ erfüllen.<sup>95</sup> Der Entschließung des Bundestages vom 3. Juni 1953, die u. a. forderte, „der Bearbeitung von Ostproblemen durch die Erweiterung und Koordinierung der vom Bund geförderten, wissenschaftlichen Arbeiten, vor allem mit Hinblick auf die deutsche Außenpolitik und den deutschen Außenhandel, besondere Aufmerksamkeit zu widmen“<sup>96</sup>, folgten im Dezember 1956 die ‚Empfehlungen zur Ostkunde‘ der Kultusministerkonferenz. Sie sahen vor, daß an den wissenschaftlichen Hochschulen „der Ausbau der Ostforschung ... von allen Ländern in gegenseitiger Fühlungnahme in Angriff genommen werden“ sollte, um „den Aufgaben gerecht [zu] werden, vor die unser Volk durch den Einbruch des Sowjetsystems in Mitteleuropa, durch die Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa und durch die Spaltung Deutschlands in einen westlichen und einen östlichen, unter den Einfluß des Sowjetsystems geratenen Teil, gestellt worden ist.“<sup>97</sup>

Das Fach sah sich also einer erneuten politischen Aktualisierung ausgesetzt, die – wie Georg von Rauch 1973 rückblickend feststellte – „nicht ohne Gefahren ... für die notwendige Sachlichkeit in Forschung und Lehre“ blieb.<sup>98</sup> Dessen ungeachtet knüpften die auf die neu eingerichteten Lehrstühle für Osteuropäische Geschichte – und eben nicht auf Lehrstühle für ‚Ostforschung‘<sup>99</sup> – berufenen Osteuropahistoriker entgegen mancher politischer Erwartung nicht in erster Linie an die Traditionen der deutschumszentrierten ‚Ostforschung‘ an, sondern erforschten und lehrten – wie Herbert Ludat in Gießen, Manfred Hellmann in Münster, Gotthold Rhode in Mainz (alle seit dem Wintersemester 1956/57) – ostmitteleuropäische Geschichte vor allem in ihrem Eigenwert, ohne dabei die berechnete Frage nach der historischen Rolle der Deutschen in Ostmitteleuropa völlig aus dem Blick zu verlieren. Wie

<sup>95</sup> Beratung des schriftlichen Berichts des Ausschusses für das Besatzungsstatut und auswärtige Angelegenheiten ... betreffend die „Pflege der Kenntnisse über die deutschen Ostgebiete, Osteuropa und Südosteuropa“, in: Deutscher Bundestag. 268. Sitzung, Bonn, Mittwoch, den 3. Juni 1953, S. 13219–13226, Zitat S. 13223.

<sup>96</sup> Zitiert nach Das Parlament, Nr. 23 vom 10. Juni 1953, S. 8.

<sup>97</sup> Ostkunde an Schulen und Hochschulen. Empfehlungen zur Ostkunde. Beschluß der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder vom 13./14. Dezember 1956, zit. nach Anhang Nr. 3 zur Ostkunde im Unterricht. Vorträge gehalten auf der vom Herrn Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen am 10. November 1961 einberufenen Arbeitstagung, hrsg. vom Arbeits- und Sozialminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1962, S. 85–89, hier S. 85f.; vgl. JÜRGEN PETER: Der Historikerstreit und die Suche nach einer nationalen Identität der achtziger Jahre, Frankfurt a. M. u. a. 1995, S. 62.

<sup>98</sup> GEORG VON RAUCH: Zur Frage des Standorts der Osteuropäischen Geschichte, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 24 (1973), S. 585–594, hier S. 589; vgl. auch MANFRED HELLMANN: Zur Geschichte Osteuropas im Rahmen der europäischen Geschichte, in: Histor. Jb. 94 (1974), S. 1–24, hier S. 10; HELLMANN, Zur Lage (wie Anm. 8), S. 24.

<sup>99</sup> Eine einzige Ausnahme war der „Lehrstuhl für Siedlungs- und Volkstumsforschung Ostdeutschlands“, der 1955 an der Universität Hamburg eingerichtet und mit WALTER KUHN besetzt wurde.

sehr in gewisser Weise auch hier noch das ‚Erlebnis des deutschen Ostens‘ motivierend nachwirkte, läßt die rückblickende Einschätzung Gotthold Rhodes erkennen, der 1982 als wesentlichen Antrieb, sich ab 1950 in Westdeutschland mit der Geschichte Polens intensiv zu befassen, an erster Stelle das Bemühen nannte, „in der Erinnerung und im gedruckten Wort festzuhalten und weiterzugeben, was materiell verloren ging ... Dabei stand natürlich der deutsche Anteil an der Entwicklung ... im Vordergrund ...“.<sup>100</sup> Vor diesem Hintergrund blieben auch im Umfeld der seit 1959/60 auch in Bonn (Horst Jablonowski) und 1962 in Göttingen (Hans Roos) betriebenen universitären Polenhistorie „Themen mit volkstumsgeschichtlichem Profil“ durchaus präsent. Die Absicht, genuin polnische Geschichte zu schreiben und dazu die Bedeutung ostdeutscher Geschichte bzw. der preußisch-polnischen Beziehungen zu relativieren und „die dem geschichtlichen Ablauf nicht entsprechende Verengung des Gesichtsfeldes“ zu vermeiden, wie Gotthold Rhode 1965 forderte<sup>101</sup>, hatte jedenfalls auch in den 1970er Jahren „noch keineswegs zu einer allgemeinen Revision der Forschungsstrategien geführt.“<sup>102</sup> Auch Manfred Hellmann konstatierte damals, daß „erst allmählich die Diskussion der letzten Jahre, eine fortschreitende Loslösung von politischen Tagesfragen und die Einbettung der deutsch-polnischen Beziehungen in den größeren Rahmen gesamteuropäischer Vorgänge zunehmend zu neuen Erkenntnissen und Übereinstimmungen führt, je mehr die Beschränkung allein auf das deutsch-polnische Verhältnis, dazu noch mit der Gegenwart entstammenden Denkkategorien, aufgegeben wird.“<sup>103</sup> Wesentliche Anstöße für diese Diskussion erhielt die Ostmitteleuropahistorie dabei nicht zuletzt aus allgemeinhistorischen Diskussionszusammenhängen, beispielsweise den Reichenauer Tagungen des Konstanzer Arbeitskreises für mittelalterliche Geschichte.<sup>104</sup>

Unter dem wachsenden Einfluß einer sich im allgemeinhistorischen und internationalen fachwissenschaftlichen Diskurs modernisierenden universitären Ostmitteleuropahistorie begann sich seit den 1960er Jahren auch die ‚Ostforschung‘ zunehmend „aus der deutschstumsgeschichtlichen Selbstisolierung“ zu lösen.<sup>105</sup> Ein wichtiger Anstoß – nach dem Versuch Eugen Lembergs aus dem Jahr 1958 – ging hierzu innerhalb des Herder-Forschungsrates von Walter Schlesinger aus, der seit 1961 Mitglied des Forschungsrates war. Im März

<sup>100</sup> GOTTHOLD RHODE: Geschichte Polens in der deutschen Geschichtsschreibung, in: Nationalgeschichte als Problem der deutschen und der polnischen Geschichtsschreibung. XX. deutsch-polnische Schulbuchkonferenz der Historiker 16. bis 20. November 1982 in Braunschweig, hrsg. von WOLFGANG JACOBMEYER, Braunschweig 1983, S. 107–130; hier S. 119.

<sup>101</sup> GOTTHOLD RHODE: Kleine Geschichte Polens, Darmstadt 1965, S. XIV f.

<sup>102</sup> So ALBRECHT MARTINY: Osteuropäische Geschichte und Zeitgeschichte, in: Osteuropa 30 (1980), S. 705–724, bes. S. 713.

<sup>103</sup> HELLMANN, Zur Lage (wie Anm. 8), S. 31 f.

<sup>104</sup> Ebenda, S. 25.

<sup>105</sup> ZERNACK, Osteuropa (wie Anm. 8), S. 18.

1963 hielt er anlässlich der Jahrestagung des Forschungsrates ein Grundsatzreferat, von dem – obgleich es nicht publiziert wurde und in diesem Heft erstmals veröffentlicht wird<sup>106</sup> – wichtige Impulse für die „Verwissenschaftlichung der ‚Ostforschung‘“ ausgingen.<sup>107</sup> Die Tagung knüpfte in ihrem Anliegen an die Bestrebungen Eugen Lembergs an, angesichts gewandelter Fragestellungen und Methoden sowie neuer Aspekte und Horizonte innerhalb des Forschungsrates eine „Ortsbestimmung der Ostforschung“ vorzunehmen. Insofern „der Ausklang des nationalen Risorgimento in Ostmitteleuropa ... neben den nationalen andere Aspekte zur Geltung [hat] kommen lassen“, erschien es Lemberg „notwendig, daß ein Forschungsrat wie der unsere sich über diesen Wandel der Lage und der sich daraus für die Forschung ergebenden Folgerungen klar wird, über den Wandel der Thematik, den diese neue Lage erfordert, und vielleicht auch über den Wandel gewisser methodischer Gesichtspunkte und gewisser Wertungen, der sich offensichtlich schon vollzogen hat.“ Die „Überprüfung der Forschungslage“ sollte „an einem exemplarischen Thema“ erfolgen, zu dem man die „Ostsiedlungsbewegung“ gewählt hatte, da es sich bei ihr um „ein zentrales Kontroversthemata zwischen der deutschen Ostforschung und der entsprechenden Forschung der anderen, insbesondere der osteuropäischen Völker“ handelte. Lemberg knüpfte hier bewußt an den 1957 erschienenen Aufsatz Schlesingers an und ermunterte diesen, nun das Problem „in einer schärfer pointierten Form als in jenem Aufsatz“ auszubreiten, „denn hier, in einem geschlossenen Kreis von Ostforschern, ist es durchaus möglich, ja, notwendig, eine kritische Selbstanalyse der Ostforschung vorzunehmen.“<sup>108</sup> Schlesinger stellte denn auch die Toleranz mancher Ratsmitglieder auf eine harte Probe und unterzog zunächst die politischen Motivationen, Zielsetzungen und Urteilsbildungen der ‚Ostforschung‘ der 1920er bis 1940er Jahre einer kritischen Erörterung. Als einer volksgeschichtlichen Betrachtungsweise, die „ihre Antriebe im wesentlichen vom Politischen her“ erhalten habe<sup>109</sup>, sei es ‚Ostforschung‘ „nicht um Ostmitteleuropa allgemein, sondern ... um die Deutschen und ihre Leistung in diesem Raum“, um die „Entwicklung des deutschen Volkskörpers“ gegangen. Ganz folgerichtig habe es „nicht zu einer eigentlichen Ostmitteleuropaforschung kommen“ können.<sup>110</sup> Schlesinger kritisierte diese volksgeschichtliche Einseitigkeit vom methodischen Standpunkt her (ohne allerdings das volksgeschichtliche Paradigma an sich in Frage zu

<sup>106</sup> Siehe unten S. 427–457.

<sup>107</sup> Vgl. ZERNACK, Deutschland (wie Anm. 17), S. 571.

<sup>108</sup> EUGEN LEMBERG: Eröffnung der Tagung, in: Deutsche und europäische Ostsiedlungsbewegung. Referate und Ansprachen der wissenschaftlichen Jahrestagung des Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrates vom 7. bis 9. März 1963, Marburg 1964 [mit dem Vermerk „Nur für den Dienstgebrauch“ hektographisch vervielfältigt].

<sup>109</sup> SCHLESINGER, Die mittelalterliche deutsche Ostbewegung (wie Anm. 11), S. 7 und unten S. 427.

<sup>110</sup> SCHLESINGER, Die mittelalterliche deutsche Ostbewegung (wie Anm. 11), S. 22 und unten S. 439.

stellen<sup>111</sup>) und versäumte nicht, darauf hinzuweisen, daß sich der ihr zugrunde liegende Volksbegriff „unter dem Einfluß der Rassenideologie und der Überschätzung des Erziehungs- und Züchtungsgedankens aus einem geschichtlichen in einen biologischen Begriff“ gewandelt hatte.<sup>112</sup> Doch sah er keine direkten Linien von der volksgeschichtlichen ‚Ostforschung‘ zum Nationalsozialismus führen, vielmehr sei es der Nationalsozialismus gewesen, der „alles, was er anfaßte, korrumpiert[e], so auch die deutsche Volksgeschichte im allgemeinen und die volksgeschichtliche Betrachtung der deutschen Ostbewegung im besonderen.“<sup>113</sup> Daß ‚Ostforschung‘ ihrerseits in einem weiteren Sinne an den „Geschehnisse[n] der Kriegsjahre im Osten“ beteiligt gewesen sein könnte, hielt er für unwahrscheinlich oder für eine seltene Ausnahme, „ja die wenigsten von ihnen [den ‚Ostforschern‘] dürften damals eine eingehendere Kenntnis der nationalsozialistischen Untaten erlangt haben“ und „es ist sicher auch richtig, daß nur ganz wenige den damals propagierten Anschauungen wirklichen Einfluß auf ihre wissenschaftlichen Einsichten eingeräumt haben.“<sup>114</sup>

Die äußere „Korruption“ durch den Nationalsozialismus sei beim „Neuaufbau der deutschen Ostforschung nach dem Kriege“ radikal beseitigt worden. Doch hielt Schlesinger dies nicht für ausreichend. Er forderte darüber hinaus einen Gesinnungswandel „auch in Bezug auf die Auffassung der Jahre vor 1933.“<sup>115</sup> Denn die politische Einbindung, wie sie die „alte Ostforschung“ bestimmt habe, wirke offenbar noch immer fort. Es liege doch nahe, daß „nach dem totalen Zusammenbruch des deutschen Ostens, der Vertreibung seiner Bewohner und der Verknächtung der Bevölkerung Mitteldeutschlands ... die Zielsetzung der deutschen Ostforschung wie zwischen den beiden Weltkriegen auch heute politisch bestimmt ist, daß sie der Revision des gegenwärtigen Zustands dienen möchte, der Wiedervereinigung und der Klärung des Heimatrechts der Ostvertriebenen.“<sup>116</sup> Dieser Gefahr dürfe die neue Ostforschung bzw. Ostmitteleuropaforschung aber nicht erliegen, sie müsse sich vielmehr davon lösen, „politische Forderungen und Wünsche der Gegenwart mit historischen Argumenten unterstützen oder gar begründen zu wollen“ und sich „klar zu einem rein wissenschaftlichen, also einem apolitischen Standpunkt be-

<sup>111</sup> Beließ er es in seinem Referat bei impliziten Hinweisen, so bekannte er in der Diskussion „daß ich ... für meine Person an dieser volksgeschichtlichen Betrachtungsweise festhalten möchte.“ Diskussionsbeitrag WALTER SCHLESINGER in: Deutsche und europäische Ostsiedlungsbewegung. Referate und Ansprachen der wissenschaftlichen Jahrestagung des Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrates vom 7. bis 9. März 1963, Marburg 1964 [mit dem Vermerk „Nur für den Dienstgebrauch“ hektographisch vervielfältigt], S. 155.

<sup>112</sup> SCHLESINGER, Die mittelalterliche deutsche Ostbewegung (wie Anm. 11), S. 28 und unten S. 443.

<sup>113</sup> Ebenda, S. 29 und unten S. 444.

<sup>114</sup> Ebenda, S. 27 und unten S. 442.

<sup>115</sup> Ebenda, S. 29 und unten S. 443.

<sup>116</sup> Ebenda, S. 30 und unten S. 444.

kennen.<sup>117</sup> Den ernsthaften „Willen zur Entpolitisierung des historischen Urteils“ einerseits, die europäische Ausweitung und landesgeschichtliche Vertiefung der historischen Fragestellungen andererseits betrachtete Schlesinger als die entscheidenden Voraussetzungen dafür, daß Ostforschung von ihren Um- und Irrwegen auf den richtigen Weg einer „geschichtswissenschaftlichen Ostmitteleuropaforschung“ gelange. Die sich an das Referat anschließende Diskussion machte freilich deutlich, daß längst nicht alle Herder-Forschungsratsmitglieder damals bereit waren, Schlesinger hierin zu folgen. So ermahnte Bruno Schier seine Ratskollegen, sich weiterhin vor Augen zu halten, „daß die entscheidende Schlacht um die deutschen Ostgrenzen noch geschlagen wird“ und daher „jeder voreilige Verzicht oder auch nur jeder Zweifel an der Legitimität des deutschen Rechtsanspruchs auf unsere in 700jähriger Arbeit erworbenen Ostgebiete mit rein deutscher Bevölkerung“ die deutsche Position schwächt. „Überflüssige und zum unrichtigen Zeitpunkt abgegebene Schuldbekennnisse deutscher Wissenschaftler – soweit man im Bereiche der Wissenschaft überhaupt von Schuld reden kann“, würden nur „die Stellung der anderen Seite, heute also des Weltkommunismus“, stärken.<sup>118</sup> Auch Hermann Aubin sah sich veranlaßt darauf hinzuweisen, daß man „jetzt nicht in ein Scherbengericht über die vergangene Zeit eintreten“ sollte.<sup>119</sup>

Mag sich die ältere Generation aus der Betroffenheit eigenen Erlebens den traditionskritischen und methodisch innovativen Impulsen Schlesingers noch weitgehend verschlossen haben, so konnten ihre Wirkungen mittelfristig letztlich aber nicht ausbleiben. Schon die Tagung selbst hatte mit ihrer vergleichenden Betrachtung der mittelalterlichen Siedlungsvorgänge den Anspruch europäischer Ausweitung und landesgeschichtlicher Vertiefung nicht ganz erfolglos einzulösen versucht. Daß man auch Ernst mit dem ‚Willen zur Entpolitisierung des historischen Urteils‘ zu machen versuchte, zeigte ein Memorandum des Herder-Forschungsrates vom Frühjahr 1968. In ihm wandte sich der Forschungsrat gegen Bestrebungen des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen, das Institut in eine Bundesbehörde umzuwandeln. Dies, so das Memorandum, würde „auf eine Einschränkung der historischen und regionalen Studien“ und „eine Schwerpunktbildung zugunsten der unmittelbar für die politische Instruktion verwendbaren Arbeiten hinauslaufen.“<sup>120</sup> Demgegenüber sei festzuhalten, daß das Herder-Institut „seinem Wesen nach ein wissenschaft-

<sup>117</sup> Ebenda, S. 45, 31 und unten S. 445, 456.

<sup>118</sup> Diskussionsbeitrag BRUNO SCHIER, in: Deutsche und europäische Ostsiedlungsbewegung. Referate und Ansprachen der wissenschaftlichen Jahrestagung des Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrates vom 7. bis 9. März 1963, Marburg 1964 [mit dem Vermerk „Nur für den Dienstgebrauch“ hektographisch vervielfältigt], S. 106.

<sup>119</sup> Diskussionsbeitrag HERMANN AUBINS, in: ebenda, S. 150.

<sup>120</sup> EUGEN LEMBERG, GOTTHOLD RHODE, PETER SCHEIBERT, REINHARD WITTRAM: Aufgaben und Charakter des J. G. Herder-Forschungsrates und -Instituts, Februar 1968 [Entwurf, Manuskript].

liches Forschungsinstitut ohne unmittelbare politische Zwecksetzung“ sei. Man verwahrte sich nachdrücklich gegen den Verdacht, „Forschungsrat und Institut seien Instrumente der Politik und würden von außerwissenschaftlichen Stellen gelenkt oder in ihrer Arbeitsweise oder ihren Forschungsergebnissen beeinflusst.“ Allerdings glaubte man gleichzeitig auch noch immer, „die Polemik gegen die historische Stellung des Deutschtums im Osten“ zurück- und darauf hinweisen zu müssen, „daß es in erster Linie der regional gebundenen Spezialforschung bedarf, um die Rolle und Leistung des Deutschtums mit dem Anspruch auf Anerkennung in der Fachwelt des In- und Auslandes darstellen zu können.“ So bemühte sich das Memorandum zwar einerseits um eine Abgrenzung gegenüber außergeschichtswissenschaftlichen politischen Zielsetzungen, blieb andererseits aber doch weiterhin in einem erstaunlichen Maße dem traditionellen Bestreben nach besonderer Darstellung der Leistungen des Deutschtums im Osten verhaftet. Noch 1972/73 bezeichneten Gotthold Rhode und Roderich Schmidt das Bestreben, über die Beschäftigung mit den deutschen Ostgebieten und der Rolle des Deutschtums in Ostmitteleuropa hinaus zu gelangen und übergreifende Fragestellungen in größeren Zusammenhängen und in größerer Internationalität zu thematisieren<sup>121</sup> bzw. „Ostmitteleuropa als historische Ganzheit“ in den Blick zu nehmen und als „historisches Gebilde nicht von außen, sondern von innen heraus“ zu erfassen<sup>122</sup>, als „entscheidende Postulate für die Zukunft.“<sup>123</sup> Der Prozeß der ‚Verwissenschaftlichung‘ war damals also weiterhin im Gang, die Wandlung von einer politisierten volksgeschichtlichen ‚Ostforschung‘ zu einer entpolitisierten allgemeinhistorischen ‚Ostmitteleuropaforschung‘ noch nicht abgeschlossen.

Die Referate und die Diskussion der Münchener ‚Ostforschungs‘-Sektion haben diesen Vorgang etwas zu beleuchten versucht. Anhand der Bilder und Vorstellungen, die sich ‚Ostforschung‘ im Laufe ihres Wirkens von der „Geschichte des polnischen Nachbarn“<sup>124</sup> gemacht hat, hat die Sektionsdebatte

<sup>121</sup> GOTTHOLD RHODE: Die Geschichte Ostmitteleuropas als Ganzes und in seinen Teilen als Problem und Aufgabe, in: Probleme der Ostmitteleuropa-Forschung. Rückblicke und Ausblicke auf die Arbeiten von J. G. Herder-Forschungsrat und J. G. Herder-Institut, Marburg 1975, S. 35–43, bes. S. 39, 41, 43.

<sup>122</sup> RODERICH SCHMIDT: Herder-Forschungsrat und Herder-Institut. Eine Bilanz anläßlich des Amtsantritts als Direktor des Herder-Instituts im April 1972, in: Probleme der Ostmitteleuropa-Forschung. Rückblicke und Ausblicke auf die Arbeiten von J. G. Herder-Forschungsrat und J. G. Herder-Institut, Marburg 1975, S. 11–29, hier S. 23 f.

<sup>123</sup> RHODE, Die Geschichte (wie Anm. 121), S. 43.

<sup>124</sup> Der Begriff *polnische Geschichte* wurde im Rückgriff auf eine Definition GOTTHOLD RHODES in einem dynamischen Verständnis verwendet, das Polen in seinen jeweiligen historischen Grenzen bzw. die Geschichte der polnischen Nation in den Blick nimmt; vgl. GOTTHOLD RHODE: Die Geschichte Polens in der deutschen Geschichtsschreibung, in: Nationalgeschichte als Problem der deutschen und der polnischen Geschichtsschreibung. XV. deutsch-polnische Schulbuchkonferenz der Historiker 16. bis 20. November 1982 in Braunschweig, Red. WOLFGANG JACOBMEYER, Braun-

auch den Wandlungen dieser Bilder und Vorstellungen – verstanden als fachwissenschaftliche Deutungen, Inhalte, forschungsleitende Begriffe, Ideen und Interpretamente – nachgespürt und damit einen Einblick in die Etappen und Momente ihrer ‚Verwissenschaftlichung‘ eröffnet. Gleichwohl konnte dieser Problemkomplex im Rahmen der Sektionssitzung kaum in der wünschenswerten Tiefe behandelt werden. Die Referate haben die Rolle und Wirkung der ‚Ostforschung‘ für die einzelnen Epochen – Mittelalter, Frühe Neuzeit, Neuzeit (19.–20. Jahrhundert) – jeweils aus recht unterschiedlichen Blickwinkeln und in unterschiedlicher Intensität beleuchtet. Zweifellos handelt es sich, jedenfalls was die Entwicklung von ‚Ostforschung‘ nach 1945 betrifft, lediglich um erste Anläufe. Eine eingehendere Analyse des Phänomens bleibt also weiterhin ein Desiderat historiographiegeschichtlicher Forschung. Aufgabe einer entsprechenden Untersuchung wäre es, sowohl die methodische und thematisch-inhaltliche Entwicklung dieser Forschungsrichtung als auch ihre politische Funktionalisierung und Verwissenschaftlichung einer integrierten umfassenden Analyse zu unterziehen. Diese müßte den gesamten Zeitraum ihres Wirkens in den Blick nehmen und damit nicht zuletzt auch die Frage klären, wie lange und in welchen Formen ‚Ostforschung‘ als erkennbares Forschungsparadigma nach 1945 tatsächlich weitergewirkt hat, welches die entscheidenden Etappen und Merkmale ihrer ‚Verwissenschaftlichung‘, d. h. ihrer Transformation von einer deutschumsorientierten ‚volksgeschichtlichen‘ Betrachtungsweise zu einer struktur- und beziehungsgeschichtlich ausgerichteten allgemeinen Ostmitteleuropahistorie waren.

---

schweig 1983, S. 107–130, hier S. 107 [wiederabgedruckt in: Geschichtsschreibung zwischen Wissenschaft und Politik. Deutschland – Frankreich – Polen im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. von HEINZ TIMMERMANN, Saarbrücken 1987, S. 141–178].

### Summary

#### *“Ostforschung” – Observations on the rise and fall of a historical paradigm*

How do images, notions and ideas of historic events, contexts and structures influence the life of social groups and national communities? To what extent does *history* work as an *argument* in particular social or political contexts at different times? These key questions raised on the 41. German Historikertag in September 1996 provided a welcomed opportunity to reinforce the discussion about the aims, concepts and effects of the German *Ostforschung* that had been initiated a few years before. Scheduled in section 25 of the Historikertag on the initiative of the Herder-Institut at Marburg, the critical debate about this specific approach to Eastern Central European history was intended to illuminate the phenomenon of its self-instrumentalization and outside implementation on the basis of the “images and notions” of Polish history it had created and disseminated. Referring to the introduction to that section, the present study discusses the term *Ostforschung*, its genesis and transformation as an expression for a specific research paradigm whose main features are strong political implications, a limited point

of view centred on the German factor as the only decisive force in Eastern Central European history, as well as a self-set demand for methodical innovation, which, however, was never fully realized. The study traces the institutional and programmatic development of this historical school of thought from the 1920s to the 1970s. Aspects of content, i.e. the historical *images and notions* of the *Ostforschung* as such, and thus the question of its actual achievements in the single fields of the subject, are not treated in detail. Being part of the other papers concerned with Polish history read in the section, these issues will be dealt with in the subsequent contributions.